:antifaschistische nachrichten

Nr. 7

g 3336 27.3.2003 19. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Keine Unterstützung für diesen Krieg!

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten und mehrere Organisationen ehemaliger NS-Opfer und antifaschistischer Widerstandskämpfer verurteilen den Angriffskrieg der USA gegen den Irak in aller Schärfe.

Als besonders infam weisen die antifaschistischen Organisationen die Bezugnahme des US-Präsidenten auf das Scheitern der Appeasement-Politik der Westmächte gegen Hitler als billige Instrumentalisierung der Geschichte zurück. Ein Vergleich der Politik der Westmächte gegen das damals hochgerüstetete Deutschland, dessen Expansionsgelüsten nachgekommen wurde, mit der UN-Politik gegen den heutigen Irak sei eine Beleidigung des Intellekts der Weltbevölkerung. Die Bush-Administration verfolge ihre öl- und geostrategischen Interessen ohne Rücksicht auf die Völkergemeinschaft, auf die internationale Friedensbewegung und unter Missachtung der Vereinten Nationen.

An die Bundesregierung richten die antifaschistischen Organisationen die Forderung, dass sie den Krieg gegen den Irak in keiner Weise unterstützt. Es dürfe keine finanzielle Unterstützung und kein zur Verfügungstellen der militärischen Infrastruktur in Deutschland, einschließlich der US-amerikanischen Basen wie Spangdahlem, Ramstein und Frankfurt Airport geben. Die Friedensbewegung einschließlich der VVN-BdA und die ihr verbundenen antifaschistischen Organisationen werde weiter massenhaft protestieren, zusammen mit vielen Millionen Menschen auf der Welt.

Vereinigung der Verfolgten den Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)
Verband Deutscher in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung „Freies Deutschland“ (DRAFD)
Arbeitsgemeinschaft der ehemaligen Angehörigen des Strafbataillons 999
Verein der Kämpfer und Freunde der spanischen Republik ■

Aus dem Inhalt:





Schülerdemonstration am 20.3. in Kassel

● **Keine zwei Stunden nach Ablauf des Ultimatums an die irakische Führung haben die USA in den frühen Morgenstunden des 20. März den Krieg gegen Irak begonnen.**

● **Seitdem finden überall im Land an jeweils zentralen Plätzen Mahnwachen, Kundgebungen und Demonstrationen statt. Weltweit haben Millonen Kriegsgegner protestiert.**

Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen ermöglicht auch die deutsche Bundesregierung den Krieg gegen den Irak durch umfangreiche Kriegsunterstützung. Die attac AG Globalisierung und Krieg und die Informationsstelle Militarisierung (IMI) haben deshalb eine Unterschriftenaktion gestartet: „Stopp den Angriff auf Irak! – Keine deutsche Beihilfe zum Krieg!“ Darin heißt es:

„Gegen die Mehrheit der Meinung der Weltbevölkerung und trotz internationalen Protesten haben die Regierungen der USA, Großbritanniens, Spaniens u.a. den Krieg gegen die irakische Bevölkerung begonnen. Angeblich geht es um die Einführung von Demokratie und um die Zerstörung von Massenvernichtungswaffen. Doch Demokratie lässt sich nicht herbeibomben und Beweise für die Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak kamen bisher nicht auf den Tisch. Tatsächlich geht es u.a. um eine neue Hegemonialordnung im Nahen und Mittleren Osten, den Zugang zum irakischen Öl und den Test der neuen „Nationalen Sicherheitsstrategie“ der USA mit dem Kernpunkt eines sog. „Präventivkrieges“. Der Krieg gegen den Irak ist nur der zweite Schritt eines „permanenten Krieges“, mit dem westliche Staaten auch ihre Wirtschaftordnung mit Krieg „verteidigen“.... Wir fordern die Bundesregierung auf, unverzüglich jede Kriegsunterstützung zu beenden. Die Bundesregierung ist dazu auch rechtlich verpflichtet (nach Völkerrecht, Grundgesetz (Art. 26.1.), gültigem Zusatzabkommen des NATO-Truppenstatus und Strafgesetzbuch (§ 80)). Wenn der Luftraum gesperrt wird, kann die Kriegmaschinerie entscheidend gestört werden. ● Sofortiger Stopp aller kriegsrelevanten Überflüge ● Sofortiger Stopp aller kriegsrelevanten Transporte von Kriegmaterial und Soldaten ● Sofortiger Stopp der deutschen Kriegsunterstützungen wie Bundeswehr-Wachdienst an US-Militär-standorten und medizinische Hilfe für die Angreifer ● Sofortiger Abzug der Bundeswehrsoldaten aus den AWACS-Aufklärungsflugzeugen über der Türkei und Abzug der ABC-Abwehreinheiten aus Kuwait ● Klare Ablehnung des Präventivkriegskonzeptes, d.h. für die Bundesregierung, dass dieses Konzept nicht militärpolitische Grundlage in Deutschland werden darf, wie es mit den neuen verteidigungspolitischen Richtlinien geplant ist.“

Unterschriftslisten über: Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V., Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen (http://www.imi-online.de) oder attac AG Globalisierung und Krieg, Fax: 030- 63 22 56 20 (http://www.attac.de/globkrieg) Unterschriftenliste zum Downloaden: http://imi-online.de/download/U_Schrift_Bundesregierung.rtf , http://imi-online.de/download/U_Schrift_Bun-desregierung.pdf

Engere Zusammenarbeit

STUTTGART. Vertreter der Verbandsführungen der Studentenverbindung „Coburger Convent“ und der „Deutschen Burschenschaft“ haben auf einem Treffen am 8. Februar „nach Möglichkeiten einer Zusammenarbeit gesucht und gefunden“. Künftig könne es „nach Absprache“ zur wechselseitigen Teilnahme an Seminaren kommen, so die „CC-Blätter“ des „Coburger Convent der akademischen Landsmannschaften und Turnerschaften“ in ihrer neuesten Ausgabe. So sollen Seminarangebote der beiden Verbindungen künftig untereinander ausgetauscht werden. Außerdem interessiert sich der „Coburger Convent“ für den „neu gegründeten akademischen Reisedienst der Deutschen Burschenschaft“. Neben „gegenseitigen Einladungen zu den jeweiligen Verbands-Veranstaltungen wurde ein weiteres Gespräch im September in Eisenach terminiert“. hma

Friedrich rabiat

GÖTTINGEN. Der Erfolg des unlängst im Ullstein/Propyläen-Verlag erschienenen Buches „Der Brand – Deutschland im Bombenkrieg“ von Jörg Friedrich wird auch von rechten Medien aufmerksam verfolgt. Das Buch „über den alliierten Bombenterrror gegen deutsche Städte“ sei „wie eine Bombe eingeschlagen“, heißt es da z. B. im deutschtümelnden „Eckart“ der „Österreichischen Landsmannschaft“. Hätte über dieses Kapitel „ein ausgewiesener Rechter, gar ein Revisionist geschrieben, wäre diesem Buch ein solcher Erfolg – mehr als 150.000 Käufer in wenigen Wochen – mit Sicherheit kaum beschieden gewesen“, heißt es dort durchaus richtig. Aber „gegen einen Autor, der sich vorher eingehend mit den Verbrechen der Nationalisozialisten und dem Holocaust beschäftigt hatte, war in der Sache schwerlich etwas vorzubringen“. „Will man Geschichte und die in ihr wirkenden Kräfte richtig verstehen, muß man sie als Ganzes erfassen“, so das Blatt, in dessen gleicher Ausgabe für den Buchversand des ehemaligen Südtirol-Terroristen Peter Kienesberger geworben wird. „Dazu“ habe Jörg Friedrich „ein entscheidendes Tor aufgestoßen“. Das jemand, der z. B. amerikanische und britische Bomber als „Einsatzgruppen“, brennende Luftschutzkeller als „Krematorien“ und die toten Deutschen als „Ausgerottete“ bezeichnet, Proteste auf sich zieht, darf nicht wundern. Ganz prima findet den ehemaligen „Berufsdemonstranten“ die „Junge Freiheit“ (11/03), die berichtete, dass es „bei einer Lesung Jörg Friedrichs aus seinem Werk“ in Göttingen „zu heftigen Tumulten“ gekommen sei. Junge Antifaschisten hatten den Haupteingang der „alteingesessenen Buchhandlung“ blockiert und die Zuhörer mussten über den Lieferanteneingang in das Geschäft gehen. Dort habe dann Friedrich über ein Mikrofon u.a. verkündet:

„Wehret den Anfängen! Ich bitte um Verständnis, daß ich nicht mit meinem Vortrag beginnen werde, bevor der Haupteingang nicht freigemacht wurde“, um dann mit einer Reihe von Zuhörern selbst dafür zu sorgen. Den Rest übernahm dann „die Ordnungsmacht mit Schlagstöcken“. Ein Teilnehmer der Lesung, der gegen Friedrich Anzeige erstatten wollte, weil dieser zu einer Straftat aufgerufen habe, wurde von der anwesenden Polizei lediglich an das zuständige Polizeirevier verwiesen. *hma* ■

Werbung an exponierter Stelle

BONN. Zu den Schwerpunkten des Bonner Zeithistorikers Prof. Dr. Manfred Funke gehören „Totalitarismus- und Extremismusforschung“. Dabei lässt der Wissenschaftler aber so manche Distanz vermissen. So gab er Ende Februar der Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“ ein Interview, in dem er u.a. die angeblich mangelnde Kontrolle bei der Vergabe staatlicher Geldern für Projekte gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus kritisierte. „Die antifaschistische Sprache“ erscheine als „Neuauflage des totalitären Repressionsorgans politischer Psychiatrie in brauner und roter Diktatur“, verlautbarte Funke dort. Die „Bundeszentrale für politische Bildung“ sei jedoch nicht als Koordinator des „Kampfes gegen Rechts“ anzusehen. Ihr Flaggschiff, die Reihe „Aus Politik und Zeitgeschichte“, sei um „Objektivität und Pluralität“ bemüht. Dies mag die Bundeszentrale gelesen haben oder nicht, jedenfalls tauchte Funke kurze Zeit später mit einer Rezension in der Zeitung „Das Parlament“ der Bundeszentrale auf. Rezensiert werden in der Sonderausgabe zur „Leipziger Buchmesse“ neben dem „Jahrbuch Extremismus & Demokratie“ von Uwe Backes und Eckhard Jesse auch das „Handbuch des Links-Extremismus. Die unterschätzte Gefahr“, das von dem emeritierten Bonner Professor Hans-Helmuth Knütter und Stefan Winckler herausgegeben wurde. Das Buch weise nach, welchen „Einfluß Linksextremisten in Deutschland haben, wie sie sich als „Antifaschisten“ tarnen, mit welchen Tricks sie arbeiten und wie weit auch „demokratische“ Parteien und Institutionen bereits unterwandert sind“, heißt es in einer Werbung des Buchdienstes der neofaschistischen Zeitschrift „Nation und Europa“ für das Buch. Erschienen ist das „Handbuch“ im österreichischen Leopold-Stocker-Verlag. Die langjährige Verlagsinhaberin Ilse Dvorak-Stocker wurde erst kürzlich für ihr Engagement von der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP), wo auch schon das CDU-Mitglied Hans-Helmuth Knütter referierte, mit einem Preis ausgezeichnet. Hier, beim letztjährigen GfP-Jahreskongress, war es auch, wo Knütter die „schlagkräftigen jungen Kameraden“ lobte: „Diese jüngeren Leute werden sich wie Jüngere das tun können, mit persönlichem, mit körperlichem Einsatz für die Durchsetzung der politischen Ziele einsetzen und das ist gut, das ist hervorragend. Die Älteren können aber auch etwas tun. Man wird auch den hier Anwesenden aufgrund ihres Alters wohl kaum zumuten können, sich an Saalschlachten und Straßenkämpfen zu beteiligen, aber was sie tun können, ist natürlich, Geld sammeln, Aktionen ermöglichen“.

Auch der Mitherausgeber des „Handbuch des Linksextremismus“, Stephan Winckler, mit dem Knütter schon das Buch „Der Verfassungsschutz“ (Universitas-Verlag, 2000) herausgegeben hatte, tut seinen Teil dazu, als „Mitarbeiter der Anti-Antifa-Homepage www.links-enttarnt.de von Hans-Helmuth Knütter“. Von der Rechtslastigkeit dieser Autoren liest man in der Rezension des „Extremismusforschers“ Funke nichts. Der schwärmt im Blatt der „Bundeszentrale für politische Bildung“ von Werner Olles, der ihm besonders unter den zehn Autoren des Buches aufgefallen war. Kein Wort davon, das der Kronzeuge gegen den „Linksextremismus“, der Ex-Linke Olles, Autor der „Junge Freiheit“

ist und in der Vergangenheit auch in der neofaschistischen Zeitschrift „Nation und Europa“ schrieb. Im Kampf gegen den „Totalitarismus“, sprich Antifaschismus, ist eben jedes Mittel recht.

hma ■

Dutschke ganz rechts

BERLIN. Bernd Rabehl, einst SDS-Aktivist und heute Professor am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin, hat dem „Ostpreußenblatt“ (9/03) der „Landsmannschaft Ostpreußen“ ein Interview zu seinem neuen Buch „Rudi Dutschke, Revolutionär im geteilten Deutschland“ gegeben, das in der „Edition Antaios“ des um die „Junge Freiheit“ angesiedelten „Instituts für Staatspolitik“ erschienen ist. Rabehl, der auch im „Forschungsverbund SED-Staat“ tätig ist und für die sich als links verstehende Internet-Zeitschrift „Kalaschnikow“ schreibt, äußerte in dem Interview u.a., dass er kein „Wendehals“ sei, sondern sogar der Meinung wäre, sich von den „Gedanken der 60er Jahre noch nicht weit entfernt zu haben“. Er habe sich „nicht gewendet“.

Auf die Frage, ob er eine Wiederbelebung eines nationalrevolutionären Charakters der 68er wolle, berichtete Rabehl über seinen Vortrag bei der Münchener „Burschenschaft Danubia“, wo er „viele osteuropäische Studenten“ gesehen hatte. „Ich dachte, es sei hier ein Ansatz, daß sich hier westeuropäische und osteuropäische Traditionen verbinden könnten“. Aber die „Rechte“ auch bei der studentischen Elite sei „sich nicht einig“, bedauerte Rabehl. Es solle eine Diskussion zwischen Ost- und Westeuropa erzeugt werden, um „im Prozeß der europäischen Einigung eine kulturelle Identität auch der Deutschen zu schaffen“ und die „eklatante Geschichtslosigkeit zu überwinden“.

Er sei zuversichtlich, dass es auch „jenseits der Bürokratie und politische Klassen in Europa gelingt, daß sich eine europäische kulturelle Identität unter der Beteiligung der Völker konstituiert“. Dies sei aber nicht „die Sache eines einzelnen“. „Einer sei nur Rufer in der Wüste“, so Rabehl. „Baring hat gerufen, Villmar hat gerufen, Möllemann ruft, und wenn man so will, ruft Schill in Hamburg auch“. Rabehl, nach eigenen Angaben kein Anhänger von Verschwörungstheorien, sieht jedoch diese Ansätze durch Geheimdienste zerstört. Er wisse aus „Publikationen der rechten und linken Kreise, daß überall erst einmal die Geheimdienste auftauchen.“ Besonders „die Amerikaner und der Mossad“ seien hier „sehr aktiv, um Alternativen zu verhindern“. Erst wenn man Geheimdienste „abschütteln“ kann, die „alles chaotisieren, nivellieren und verwirren, dann kann man auch politisch handeln“.

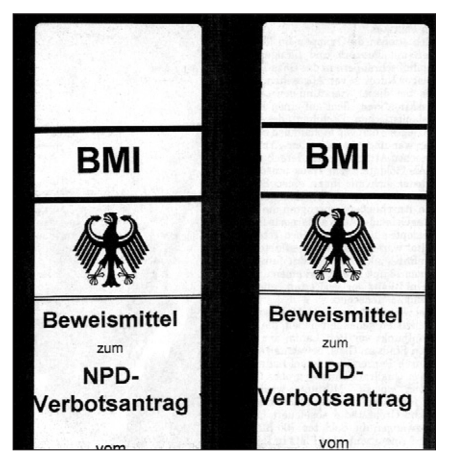
hma ■

Grünes Licht für NPD

Bundesverfassungsgericht hat das Verbotsverfahren gegen die neofaschistische Partei gestoppt

Wie zu erwarten war, hat das Bundesverfassungsgericht (BverfG) das NPD-Verbotsverfahren am Dienstag aufgrund der skandalösen V-Leute-Praxis des Verfassungsschutzes eingestellt. Die Entscheidung verkündete der Vorsitzende des Zweiten Senats und Gerichtsvizepräsident Winfried Hassemer.

In den Verbotsanträgen von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat bestanden ganze Begründungsteile aus Aussagen von NPD-Funktionären, die gleichzeitig als V-Leute agierten. Drei der sieben Richter sahen in der möglichen staatlichen Fremdsteuerung der NPD ein „nicht behebbares Verfahrenshindernis“. Die übrigen vier Richter lehnten dagegen eine Einstellung ab. Damit kam die erforderliche Zweidrittelmehrheit für das NPD-Verbotsverfahren nicht zustande.



Das Gericht hatte das Verfahren im Januar 2002 ausgesetzt, weil die Antragsteller nicht bereit waren, über das wahre Ausmaß des Einflusses der V-Leute zu informieren. Der Schutz der V-Leute wurde höher bewertet als das Verbotsverfahren selbst. Während einer Anhörung im Oktober 2002 hatten Regierungsvertreter energisch bestritten, dass Geheimdienstspitzel die NPD fernsteuern würden. Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) und der bayerische Innenminister Günther Beckstein (CSU) hatten schon damals betont, die V-Leute seien keine Agenten, sondern überzeugte Rechtsextremisten. Dies führte unter anderem dazu, dass der Prozessbevollmächtigte Dieter Sellner im Auftrag der Antragsteller ablehnte, die vier noch nicht enttarnten V-Leute, die in den Verbotsanträgen erwähnt wurden, zu identifizieren.

Insgesamt spitzeln seit Jahren mindestens 30 der etwa 200 NPD-Vorstandsmitglieder in Bund und Ländern für den Verfassungsschutz.

Die Reaktionen auf die Einstellung des Verbotsverfahrens reichen von Richterschelte bis zu offener Empörung. Letzteres vor allem bei der PDS und antifaschistischen Organisationen, die das Urteil als eine „Ermutigung für Neofaschisten“ erachten. Otto Schily, einer der Hauptverantwortlichen für die Schlappe, ließ sich am Dienstag in Karlsruhe gar nicht erst blicken – die zugespitzte Irak-Krise musste als Begründung herhalten.

Gegenüber Journalisten erklärte der Bundesinnenminister, kein neues Verbotsverfahren gegen die NPD anstrengen zu wollen. Beckstein forderte noch vor dem Urteil die Bundesregierung auf, weiterhin Spitzel des Verfassungsschutzes gegen die NPD einzusetzen. Dies sei allein „schon deshalb notwendig, weil die rechtsextremistische Partei Verbindungen zur gewaltbereiten Skinhead-Szene“ unterhalte, so Bayerns Innenminister in der Tageszeitung *Die Welt* vom Dienstag.

Als „Sieg für ein besseres Deutschland“ kommentierte NPD-Parteichef Udo Voigt die Entscheidung des BverfG. Nun strebe die NPD im Jahr 2004 den Wiedereinzug in die Landesparlamente an. Unmittelbar nach Verkündung des Urteils trat der Anwalt und Prozessbevollmächtigte Horst Mahler aus der NPD aus. Er sei im Jahr 2000 nur deshalb eingetreten, um seine Solidarität mit der NPD zu bekunden.

Mit Wut und Zorn reagieren Antifaschistische Organisationen wie die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten (VVN-BdA). Sie seien „empört, dass das BverfG es ablehnt, den Verbotsantrag zu behandeln. Entsprechend des Grundgesetzes hätte diese Partei nie zugelassen werden dürfen“, hieß es in einer Presseerklärung. Überlebende des Faschismus wie Fred Dellheim, Jupp Gerats, Kurt Goldstein, Peter Gingold, Maria König und Alfred Hauser erklärten:

„Wir finden uns mit der Entscheidung nicht ab, bestehen auf Verwirklichung des antifaschistischen Auftrages des Grundgesetzes und dem Verbot der NPD und aller Nazi-Organisationen.“ „Wir werden der Fraktion einen Antrag zur Umwidmung der Haushaltsmittel für Spitzeldienste vorschlagen“, kündigte der innenpolitische Sprecher der thüringischen PDS-Landtagsfraktion, Roland Hahnemann, an. „Statt in Schnüffler sollten die Gelder besser in Initiativen wie MOBIT und ABAD investiert werden, die demokratisches bürgerschaftliches und kommunales Engagement unterstützen.“

Ulla Jelpke ■

Proteste gegen Parteitag der REPs in Bad Homburg

BAD HOMBURG. Fast 150 Menschen protestierten am Samstag, 22.3. gegen den Parteitag der rechtsextremen Republikaner in Bad Homburg/Ober Erlenbach. Aufgerufen zu dem Protest hatten die antifa hg sowie der Ausländerbeirat Bad Homburg, die SPD und der DGB. Fast alle Bad Homburger Parteien hatten sich im Vorfeld gegen den Parteitag ausgesprochen, sowie sogar versucht diesen zu verbieten.Während der Protestveranstaltung ging die Polizei mit Gewalt gegen AntifaschistInnen vor, die versuchten den Parteitag zu blockieren. Hier kam es durch den Einsatz von Schlagstöcken zu mehreren leichten Verletzungen auf Seiten der Gegendemonstranten. Ein Teilnehmer der Protestveranstaltung wurde kurzzeitig festgenommen, ihm wurde vorgeworfen einem Rechtsextremen ein Ei an den Kopf geworfen zu haben. Eine Sprecherin der antifa hg übte scharfe Kritik an dem Vorgehen der Polizei „Wieder einmal schützen deutsche Polizisten unter Gewaltanwendung rassistische Veranstaltungen gegen antifaschistischen Protest. Das ist und bleibt skandalös.“

Nachdem auch der letzte der insgesamt knapp 40 „Republikaner“ in der Erlenbachhalle verschwunden war, formierte sich noch ein spontaner Protestzug mit ungefähr 80 Teilnehmern. Angesichts des breiten Bündnisses gegen das Treffen der Rechtsextremen zeigte sich die Sprecherin der antifa zuversichtlich. „Wir laden die Mitglieder der SPD Bad Homburg, sowie des DGB und der Ausländerbeiräte herzlich ein, auch in Zukunft ein deutliches Zeichen gegen Rassismus zu setzen und dementsprechend mit uns gegen die rassistische und unsoziale Politik der Bundesregierung vorzugehen.“ Insgesamt wertete die antifaschistische Gruppe den Protest trotz der relativ kurzen Mobilisierungszeit als erfolgreich. *www.antifa-hg.org* ■

NPD will am 1. Mai in Berlin demonstrieren

BERLIN. Nach dem Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens plant die NPD einen Aufmarsch am 1. Mai in Berlin. Nach Angaben der Polizei liegt eine entsprechende Anmeldung für den Westteil der deutschen Hauptstadt vor.

Genauere Angaben zum Ort und zur erwarteten Teilnehmerzahl wollte ein Sprecher zunächst nicht machen. „Dafür ist es noch zu früh“, sagte er. Die Lichtenberger CDU teilte mit, dass die Demo vor dem Olympiastadion beginnen soll. Als Alternative sei aber auch Lichtenberg im Gespräch.

nach Presseberichten ■

DVU wird im Juni 2003 nicht mehr in Passau tagen

PASSAU. Für kommenden Juni hatte die DVU bei der Stadt bereits vor Monaten wie in den vergangenen Jahren einen Mietvertrag für die Nibelungenhalle angefragt, schickte diesen aber nicht fristgerecht unterschrieben zurück. Auf eine Nachfrage seitens der Stadt gab die DVU keine klare Rückmeldung, worauf Passau den Mietvertrag für ungültig erklärte. Oberbürgermeister Albert Zankl (CSU) vermutet, dass ein Bewirtungsboykott den Rechtsextremen die Lust auf die Domstadt verdorben hat. Die Passauer Gastronomen hatten sich bereits 2001 geweigert, die von bis zu 4.000 Rechtsextremen besuchte Veranstaltung zu bewirten – es gab weder Getränke noch Speisen. Die DVU war auf einen Catering-Service von weit außerhalb angewiesen und verzeichnete auf Folgeveranstaltungen massive BesucherInneneinbrüche. Nach über 50 vergeblichen Versuchen der PassauerInnen, auf juristischem Wege ein Verbot für die regelmäßigen DVU-Kundgebungen zu erzwingen, scheint die „Aktion Unwirtlichkeit“ zum Ziel geführt zu haben.

www.kommunale-info.de ■

Rechte Straftaten unverändert hoch

BERLIN. Auf die parlamentarische Anfrage der PDS-Abgeordneten Petra Pau nach rechtsextremen Musikveranstaltungen im vergangenen Jahr kam jetzt die Antwort der Bundsregierung (Arbeitsnummer 2/212). Darin heißt es: „Der 2001 festgestellte Rückgang bei der Zahl rechtsextremistischer Skinhead-Konzerte in Deutschland setzte sich im Jahr 2002 nicht fort. Im Jahr 2002 stieg die Zahl durchgeführter Konzerte auf ca. 120 (2001: 80). Die Zahl rechtsextremistischer Liederabende ist mit ca. 36 Veranstaltungen rückläufig (2001: 47).

Bei 14 Demonstrationen und Saalveranstaltungen der rechtsextremistischen Szene traten als ‚musikalisches Rahmenprogramm‘ Skinhead-Bands oder Liedermacher auf. Hierbei handelte es sich überwiegend um Veranstaltungen der NPD und neonazistischer Gruppierungen.“ Einige Konzerte seien im Vorfeld verboten worden, zahlreiche Veranstaltungen seien aufgelöst worden, heißt es weiter. Eine Auflistung im Einzelnen könne nicht veröffentlicht werde, da die rechtsextremistische Szene daraus „Rückschlüsse auf den Erkenntnisstand der Sicherheitsbehörden“ ziehen könnte.

Unverändert hoch ist auch die Zahl rechtsextremer und fremdenfeindlicher Straftaten. Im Januar 2003 wurden insgesamt 528 politisch rechts motivierte Straftaten, darunter 33 Gewalttaten und 360 Propagandadelikte erfasst, 21 Personen wurden „aus fremdenfeindlicher Motivation“ heraus verletzt, 48 Personen wurden festgenommen, gegen 6 Haftbefehl erlassen (Arbeitsnummer 2/187, 188, 189). *u.b.* ■

Ex-Innensenator Heinrich Lummer trifft Jörg Haider

BERLIN. Nahezu unbeobachtet von der Öffentlichkeit trafen sich am 18.3. der ehemalige Berliner Innensenator Heinrich Lummer (CDU) und der österreichische Rechtspopulist Jörg Haider zum Abendessen bei den „12 Aposteln“ am Hohenzollerndamm. Auf Nachfrage der „Welt“ sagte Lummer: „Ich kenne Haider lange und habe ihn auch schon in Kärnten besucht. Deshalb wollte ich ihm bei seinem Berlin-Besuch guten Tag sagen.“ Anlass für die Berlin-Visite des Kärntener Landeshauptmanns Haider war offenbar eine Einladung zum „Dienstagsgespräch“ im Ratskeller Schmargendorf, das seit vielen Jahren vom Geschäftsmann Hans-Ulrich Pieper organisiert wird. Pieper hatte Mitte der 90er-Jahre in Berlin für Schlagzeilen und sogar eine ernsthafte Krise im schwarzroten Senat gesorgt. 1994 geriet der damalige Innensenator Dieter Heckelmann (CDU) unter Druck, weil sein Behörden-Sprecher in dem von Pieper moderierten Gesprächskreis verkehrte, der bisweilen auch Rechtsradikale angezogen haben soll. 1995 trat Pieper nach nur sechsmonatiger Mitgliedschaft aus der FDP aus und kam so einem Parteiausschluss zuvor. Ein Parteiausschlussverfahren war vom Landesvorstand der Liberalen angestrengt worden, weil Pieper verschwiegen hatte, dass er bei den Münchner Kommunalwahlen für die „Republikaner“ kandidiert hatte. Lummer bezeichnete Piepers „Dienstagsgespräch“ als „rechte konservative Vereinigung von patriotisch-national eingestellten Leuten, vor denen ich auch schon geredet habe“. Nach Angaben Lummers referierte Haider über die aktuelle Situation in Österreich nach der Wahlniederlage für die FPÖ.

Quelle: Die Welt, Berlin-Teil 20.3.2003 ■

Deckert darf nicht bauen

GRÄNITZ. Ex-NPD-Chef Günther Deckert, der in Gränitz bei Freiberg ein Nazi-Zentrum aufbauen wollte, bekam vom Landratsamt die Baugenehmigung versagt. Die überall angekündigte Nutzung des von ihm gekauften Gasthofes als Schulungs- und Veranstaltungszentrum vertrug sich offensichtlich nicht mit dem Bauantrag auf Einrichtung eines „Wohn- und Ferienhauses“. Das Wohngebiet an der Alten Poststraße diene vorwiegend zum Wohnen, heißt es. Für den Bescheid wurden Deckert über 1000 Euro berechnet. *gamma news* ■

Nazi-Aufmarsch in Köln-Chorweiler verhindert In Mülheim erkämpft die Polizei wenige hundert Meter für die Rechten

Für den 15.3. hatte die neofaschistische „Bürgerbewegung Pro Köln" Kundgebungen und Demonstrationen in zwei Kölner Stadtteilen angekündigt. Mit einer Kampagne gegen den Bau einer Großmoschee wollen sie ihren Einzug in den Stadtrat bei den Kommunalwahlen 2004 vorbereiten.

Die Mitinitiatoren der Proteste gegen die geplanten Nazi-Aufmärsche werteten den Verlauf der Aktionen am 15.3. in einer ersten Reaktion als Teilerfolg. Weit über Tausend Antifaschisten waren auf der Straße. Trotz eines massiven Polizeiaufgebots und brutalem Vorgehen war es der s.g. Bürgerbewegung „Pro-Köln" nicht gelungen, mehr als einige hundert Meter zu marschieren. In brutaler und rassistischer Manier wurden jedoch vor allem Jugendliche mit migrantischem Hintergrund häufig ohne Grund festgesetzt. Auch gab es eine Reihe von Verletzten. Die Zahl der Festgenommen dürfte bei über 300 liegen.

Positiv festzuhalten bleibt jedoch, dass sich viele nicht von dem von der Polizei kolportierten Horrorszenario von gewaltbereiten Gangs etc. abhalten ließen, an den Protesten teilzunehmen. In Chorweiler hatten Antifaschisten den Zug der Rechten bereits nach hundert Metern aufgehalten, so dass sich die Polizeikräfte genötigt sahen die Veranstaltung zu beenden. In Mülheim, ebenfalls in polizeilichen Ausnahmezustand versetzt, konnten die Rechten auch nicht wie geplant laufen. Ihnen wurde lediglich eine kurze Route über die Frankfurter Straße von der Kölner Polizei freigeprügelt.

„Köln hat wieder einmal gezeigt, dass Nazis hier keine Chance haben. Dies sollte nun endlich auch Herr Rouhs einsehen. Als skandalös allerdings muss das Vorgehen der Polizei bewertet werden. So was hat Köln lange nicht gesehen", so Michael Bernhard der Sprecher der Antifa K am Abend.

Presseerklärung der Antifa K ■

Das Vorgehen der Kölner Einsatzleitung und der von ihr befehligten Beamten am 15.3. hatte eine neue Qualität. Anstatt sich mit lästigen Demonstrationen gegen Nazis abzuplagen, hatte sich die Kölner Polizei offenbar entschieden, potentielle Demonstranten bereits im Vorfeld festzunehmen. Mindestens 300 Leute: Schüler/innen, Passanten und alle, die gerade zur falschen Zeit am falschen Ort waren, wurden festgenommen. Dazu kommen noch unzählige Platzverweise, die nach rassistischen Kriterien an alle „nicht-deutsch"-aussehenden Jugendlichen verteilt wurden. Da der Einsatz auch nach Ansicht von Rechtsanwälten völlig inakzeptabel und offensichtlich rechtswidrig war, wird es hier ein juristisches Nachspiel geben. Betroffene sollen sich melden bei:
ANTIFA K, www.antifa-k.de, info@antifa-k.de, c/o Infoladen, Ludolf-Camphausen-Str. 36, 50672 Köln, Ermittlungsausschuss Köln, Metzer Str. 18, 50677 Köln, http://infoladen.de/koeln/gruppen/ea, email: ea-koeln@infoladen.net



Ein Tag der widersprüchlichsten Empfindungen...

Es begann mit einer ziemlich kleinen Initiative von Leuten, die sich sagten „Nazis in Mülheim, das kann es doch wohl nicht geben". Mit immer größerer Beteiligung und Unterstützung von Initiativen, Vereinen und Organisationen aus dem Stadtteil kam da eine ganz stattliche Kundgebung



„Mülheim stellt sich quer" zustande. Redner und Musikgruppen aus Mülheim und Umgebung hätten insgesamt ein Vier-Stunden-Programm füllen können. Dann kamen die Nazis leider pünktlich um drei Uhr. In Chorweiler hatte die Polizei durch das Abkassieren von fast 300 Demonstranten und Jugendlichen aus dem Stadtteil einen ungehinderten Abmarsch der Nazis ermöglicht. Unsere Polizei lernt in den USA: Man verhaftet einfach die Bevölkerung und hat seine (Friedhofs-) Ruhe.

Da wir nicht wollten, dass den Musikern während des Spiels die Leute wegliefen, wir aber auch nicht wollten, dass es einen kämpfenden und einen unterhaltenden Teil gab, brachen wir beim Auftauchen der Nazis die Veranstaltung ab, um zum aktiven Protest überzugehen. Dabei hätten wir gut beides weiter verbinden können: Musik, Reden und Protest – aber da war es zu spät.

In Mülheim anmarschiert kamen rund 50 im ganzen Landkreis Köln gesammelte „Pro Köln"-Anhänger und 30-50 Typen von NPD/Verfassungsschutz, was dem als bürgerlich verkleideten Rouhs wohl so wenig gefallen hat, dass auf 22 Bildern seiner web-site nicht ein einziges NPD-Schild zu sehen ist. Es war eine jämmerliche Karikatur einer „gegen Multikulti und Moscheebau protestierenden Kölner Bevölkerung".

Rouhs rühmt sich: „Dann erklang auch auf dem Wiener Platz das Deutschlandlied in allen drei Strophen. Das hat es an dieser Stelle im Nachkriegsdeutschland noch nie gegeben!" (Zitat web-site v. 16.3.03)

Er, der so darauf bedacht war, seine rechtsradikalen Zugehörigkeiten zu verdecken, stellt sich stolz in die Tradition Deutschlands vor 1945! Und fast auf den Tag 70 Jahre nach ihrem ersten Triumphzug durch Köln am 12. März 1933 triumphieren sie wieder: „Danach formiert sich der Demonstrationszug. Die Strecke führt über die Frankfurter Straße durch das Herz von Mülheim zum dortigen Bahnhof".

Stimmt, es hat schon weh getan: 100 Nazis gröhlten mit NPD-Fahnen durch die Frankfurter Straße. Ermöglicht von 1000 Polizisten, die die Protestler einkesselten und sie am Widerstand hinderten.

Aber trotz alledem: Die gute Protestkundgebung, Stände an fünf Samstagen, 6000 verteilte Flugblätter und gute Plakate und die gesprayten Transparente von Casa Nova haben im Stadtteil zahlreiche Leute mobilisiert und aktiviert und die Kräfte zum Stadtteildiskurs gegen den Rassismus mobilisiert.

pb ■

Hindenburg – Hitlers Steigbügelhalter weiter Ehrenbürger Potsdams

Der Kriegsverbrecher des Ersten Weltkrieges und Wegbereiter der Hitlerfaschistischen Diktatur Hindenburg ist und bleibt Ehrenbürger von Potsdam.

So beschloss es ein Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, der über einen Antrag zur Aufhebung dieser Ehrenbürgerschaft zu entscheiden hatte, mit den Stimmen der SPD, CDU und eines „Bürgerbündnisses“. Bündnis 90/Die Grünen tolerierten den skandalösen Vorgang durch Stimmenthaltung. Nur die Abgeordneten der PDS stimmten dagegen. Die Vorsitzende der DKP Brandenburg, Brigitte Müller, bezeichnete es als eine Schande, dass die Potsdamer SPD und Bündnis 90/Die Grünen diesem Beschluss zustimmten bzw. ihn durch Stimmenthaltung tolerierten“. Besonders die SPD stelle sich damit in die Tradition eines Noske, Ebert und Scheidemann. „Diese Verherrlichung des preußischen Generalfeldmarschalls, der als Steigbügelhalter Hitlers ein Wegbereiter des Machtantritts des deutschen Faschis-mus war, trägt dazu bei, die heutigen, von neofaschistischen Kräften ausgehenden Gefahren zu verharmlosen und den Widerstand dagegen zu schwächen“, erklärte sie.

Ein Blick in die Geschichte beweist, wie Recht Sozialisten, Kommunisten und Antifaschisten mit ihren Protesten haben. Vor 70 Jahren, am 28. Februar 1933, einen Tag nach dem Reichstagsbrand, den die Hitlerfaschisten zum Anlass eines zügellosen Terrors nahmen, unterzeichnete der Generalfeldmarschall Hindenburg als Reichspräsident die sofort in Kraft tretende berüchtigte „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“. Auf der Grundlage des seit Beginn der Weimarer Republik umstrittenen Artikels 18 der Verfassung wurden alle demokratischen Grundrechte aufgehoben und der Hetzjagd auf Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Demokraten ein legaler Anstrich gegeben.

Gestützt auf Hindenburgs Notverordnung erließ das Hitlerregime in den folgenden Monaten 460 Sondergesetze und Verordnungen, errichtete Konzentrationslager, warf Zehntausende politische Gegner in Gefängnisse und ermordete unzählige von ihnen. Mit der Notverordnung wurde faktisch jene Verfassung außer Kraft gesetzt, auf die der am 30. Januar von Hindenburg zum Reichskanzler berufene Hitler noch den Eid abgelegt hatte. Der Reichspräsident selbst war zu dieser zeit von den bürgerlichen Parteien noch als „Hüter der Verfassung“ gepriesen worden. Auch die SPD verkannte zu dieser Zeit noch den Ernst der Lage und schloss sich diesen Äußerungen an.

Der aus einem Adelsgeschlecht stammende Paul von Berneckendorff und von Hindenburg hatte drei Kaisern gedient, war 1914 als „Held der Ostfront“ gefeiert worden, hatte den Krieg, wie er schrieb, wie eine „Badekur“ genossen, war 1925 und nochmals 1932 als geeignet befunden und zum Reichspräsidenten gewählt worden. Er bereitete, zuletzt mit der Notverordnung vom 28. Februar 1933, der Diktatur des „böhmischen Gefreiten“, wie er Hitler im engen Freundeskreis zu titulieren pflegte, maßgeblich den Weg. Während der Generalfeldmarschall sich mit seinem begrenzten politischen Horizont in der Illusion wiegte, gestützt auf die Reichswehr, den Stahlhelm und andere kaiserlich-restaurative Kräfte das Hitlerregime auf die Basis einer wieder zu errichtenden Hohenzollernmonarchie stellen zu können, sahen der Diktator und seine NSDAP-Führung ihn von Anfang an nur als Steigbügelhalter auf dem Weg zur Macht. Auf die Hitlerkarte setzten auch die führenden Kapitalkreise mit einem Thyssen und Stinnes an der Spitze, welche die faschistische Partei seit Mitte der zwanziger Jahre unterstützten, um ihr zur Errichtung eines terroristischen Regimes an die Macht zu verhelfen.

Gestützt auf die maßgeblichen Kräfte der deutschen Industrie- und Finanz-welt nutzte Hitler den Hindenburg-Mythos für sich und hofierte den Generalfeldmarschall auf dem Weg zur Macht und auch danach, so lange diese noch nicht gefestigt war.

Dem diente auch die am 21. März in der Potsdamer Garnisonskirche von den Hitlerfaschisten organisierte Kundgebung zur Eröffnung des neuen Reichstages, an der Hindenburg in preußischer Generalfeldmarschallsuniform teilnahm. Hitler nutzte das, um in seiner als Regierungserklärung deklarierten Rede das Bündnis mit Hindenburg als „Vermählung altpreußischer Größe“ mit „jungdeutscher Kraft“ in Gestalt der braunen Bewegung zu feiern. In dem neugewählten Reichstag setzte die NSDAP bereits zwei Tage später das sogenannte „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ durch, das die Hitler-Regierung ermächtigte, unter Ausschluss des Parlaments und des Reichspräsidenten auch verfassungsändernde Gesetze zu erlassen. Bei der Abstimmung legte die sozialdemokratische Fraktion mit ihrem Nein nunmehr als einzige – gegen die kommunistischen Abgeordneten waren bereits Haftbefehle ergangen – ein mutiges Bekenntnis gegen die faschistische Diktatur ab. Alle bürgerlichen Parteien stimmten dem „Ermächtigungsgesetz“ zu.

Mit seiner Unterschrift unter das Gesetz machte Hindenburg faktisch seine eigene Funktion überflüssig. Sein auf Artikel 48 der Weimarer Verfassung beruhendes Verordnungsrecht ging auf Hitler über. Bis zu seinem Tod 1934 spielte er nur noch eine Statistenrolle. Mit seinem Ableben übernahm Hitler auch die gesamten Befugnisse eines Staatsoberhauptes.

Gerhard Feldbauer ■

EUCOM (um)schließen – Menschenkette gegen den Krieg

Wir wollen nicht tatenlos zusehen, wie das Leben und die Hoffnungen der Menschen im Irak zerstört werden.
Wir wollen nicht tatenlos zusehen, wie gleichzeitig unser aller Hoffnung auf eine Zukunft des friedlichen Zusammenlebens der Menschen und Staaten zerbombt wird.

Wir wollen denen, die Krieg planen und führen, in den Arm fallen. Im US-Hauptquartier EUCOM wird der Irak-Krieg wesentlich vorbereitet und geführt. Wir wollen diese Kommandozentrale (um)schließen und damit ein deutliches Zeichen gegen den Krieg setzen.

Wir wollen beitragen zum Aufbau einer anderen Welt: *„Eine Welt der Gleichheit, sozialer Rechte und Achtung der Verschiedenheiten, eine Welt, in der das Recht auf Bildung, einen anständigen Arbeitsplatz, Gesundheitsversorgung und Wohnung für alle gilt, in der Armut, Sexismus, Unterdrückung von Frauen und Rassismus keinen Platz haben. Eine Welt, in der Menschen vor Profit gehen. Eine Welt ohne Kriege.“* (aus der Abschlusserklärung des Europäischen Sozialforums, Florenz, 9. November 2002)

- **Nein zum Krieg gegen den Irak**
- **Keine aktive und passive Beteiligung der Bundesrepublik am Krieg**
- **Für Abrüstung und aktive Friedenspolitik statt Sozialabbau**

Millionen Menschen dieser Erde haben in den letzten Wochen unmissverständlich und unüberhörbar „Nein“ zum geplanten Krieg gegen den Irak gesagt. Trotzdem läuft die Maschinerie des Krieges weiter auf Hochtouren.



Drohender Ausschluss von NS-Opfern bei dem Bau eines NS-Dokumentationszentrums in München

Erinnern ohne Zeitzeugen?

MÜNCHEN. Sollen die überlebenden Opfer des NS-Regimes und die kritische Öffentlichkeit bei der Konzeption eines NS-Dokumentationszentrums in München ausgeschlossen werden? Diese Sorge äußerten Vertreter des „Initiativkreises für ein NS-Dokumentationszentrum in München“ jetzt auf einer Pressekonferenz.

Jahrelang haben Verbände von NS-Opfern wie die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“, die „Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten“ und die „Lagergemeinschaft Dachau“ zusammen mit Organisationen wie dem „Archiv der Münchner Arbeiterbewegung“, dem Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ und dem Kulturzentrum der israelischen Kultusgemeinde sich für ein NS-Dokumentationszentrum in München stark gemacht. Das Zentrum soll die historischen Bedingungen aufzeigen, die den Nationalsozialismus in der ehemaligen „Hauptstadt der Bewegung“ groß werden ließen und Nachwirkungen und Konsequenzen für die Gegenwart bedenken.

Nun haben Münchens Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) und die bayerische Kultusministerin Monika Hohlmeier erklärt, ein „hochkarätig“ mit Vertretern von Bund, Land und Stadt München, den großen Parteien und Religionsgemeinschaften besetztes Kuratorium solle einen Fachbeirat zur Umsetzung des Vorhabens bestimmen. Weder eine Beteiligung des „Initiativkreises“, der jahrelange Vorarbeit geleistet hat, noch von Organisationen der Verfolgten des Naziregimes ist geplant.

„Die letzten überlebenden Zeitzeugen warten mit großem Verlangen auf die Realisierung des NS-Dokumentationszentrums. Schon aus Altersgründen wollen und können wir nicht länger warten“, erklärte Ernst Grube von der Lagergemeinschaft Dachau. Zusammen mit seinem Bruder war er noch 1945 von der Münchner Gestapo-Folterkammer im Wittelsbacher Palais ins KZ Theresienstadt deportiert worden. „Ich verstehe nicht, warum wir, die wir das alles erlebt haben, heute wieder ausgegrenzt werden?“, kritisiert Grube das Verhalten der Staatsregierung und des Oberbürgermeisters.


MIT LINKS für ein solidarisches München

Extra Dez. 2002

Zeitschrift der offenen Liste der PDS im Stadtrat – in Zusammenarbeit mit dem Forum Linke Kommunalpolitik

Doch (k)ein NS-Dokumentationszentrum für München ?

Demokratie braucht Öffentlichkeit – Das Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte im Faksimile

Inhalt

S. 3 **Faksimile:** Projekt eines NS-Dokumentationszentrums in München Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, München Berlin erstattet im Auftrag der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit 4. November 2002 Bearbeiter Dr. Volker Dahm

S. 39 **Faksimile:** Thesen für ein NS-Dokumentationszentrums in München. München, 2. Dezember 2002. Erstunterzeichner siehe Seite 42

S. 43 **Ankündigung Symposium:** Ein NS-Dokumentationszentrum für München – Teil 2

Sonderausgabe der Zeitschrift der PDS Offene Liste München, die einen Überblick gibt über die Auseinandersetzung um das NS-Dokumentationszentrum. email: info@pds-muenchen-stadtrat.de, Fax 089 - 233 252 35

Während der Initiativkreis ein zentrales Dokumentationszentrum mit Ausstellungs- und Seminarräumen auf dem Gelände des ehemaligen „Braunen Hauses“ am Königsplatz vorsieht, favorisiert Kultusministerin Hohlmeier eine dezentrale Billigversion. Diese soll aus drei kleinen Ausstellungen innerhalb von Kunstsammlungen sowie „auffälligen, wetterfesten Informationstafeln“ entlang einer Besichtigungsstrecke an historischen Gebäuden in der Innenstadt bestehen. Schon ohne die Ausstellungen zu besichtigen, wäre ein geübter Fußgänger bei diesem „Schautafelrennen“ drei Stunden unterwegs, wenn er nicht vorher aufgibt oder sich als Tourist in der Stadt verläuft, hatte der Historiker Winfried Nerdinger vom Initiativkreis errechnet.

Am 13. März soll der Münchner Stadtrat über die inhaltliche und strukturelle Weichenstellung für das NS-Dokumentationszentrum entscheiden. „Bleibt es beim Ausschluss der kritischen Öffentlichkeit und der Fachkompetenz der zahlreichen historischen Vereine und Organisationen bei der Erarbeitung eines Konzepts, droht München ein erinnerungspolitisches Debakel“, befürchtet die SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrike Mascher vom Initiativkreis.

Nick Brauns ■

KZ-Gedenkstätte Neckarelz

1944/45 ließen Daimler-Benz und die SS einen Gipsstollen bei Obrigheim zur Rüstungsfabrik „Goldfisch“ ausbauen, um das Flugzeugmotorenwerk in Genshagen bei Berlin (wegen zunehmender Luftangriffe der Alliierten) unterirdisch zu verlagern. Für die Arbeiten an der Infrastruktur, den Ausbau und Transport griff man auf KZ-Häftlinge u. a. aus Dachau, Groß-Rosen, Sachsenhausen und Natzweiler zurück, die in Lagern am Neckar zusammengepferscht wurden. Die insgesamt rund 5000 KZ-Häftlinge kamen aus allen Ländern Europas. In Neckarelz wurde z. B. die Schule zum Lager umfunktioniert. In fünf Stuben wurden 1000 Häftlinge untergebracht, die auf dreistöckigen Holzpritschen schliefen. Bei völlig mangelhafter Ernährung, Ausrüstung und medizinischer Versorgung, ohne warme Schutzkleidung und begleitet von Misshandlungen wurde das Letzte aus den Häftlingen herausgeholt, mehrere hundert Häftlinge starben, die Praxis war „Vernichtung durch Arbeit“. Ende März 1945 wurden mit dem Herannahen der Alliierten die Lager geräumt, 4000 Häftlinge auf den Marsch Richtung Dachau geschickt, die 900 Gehunfähigen in Viehwaggons verladen. Die Alliierten fanden eine besenreine, verlassene, musterhafte unterirdische Fabrik vor. Heute bauen die Heidelberger Zementwerke wieder Gips ab. So viel zur Geschichte des KZ-Neckarelz.

Schon im Herbst des vergangenen Jahres wurde die Ausstellung über das KZ in der Clemens Brentano Schule (Neckarelz) neu gestaltet. In der „Halle der Namen“ (hier sind die Wände des Raumes mit den Namen von Häftlingen vollgeschrieben) hängen jetzt auch Fotos einzelner Gefangener. Eine Landkarte hilft beim Auffinden der Unterkommandos des KZ Neckarelz (Asbach, Bad Rappenau, Neckarbischofsheim, Neckargerach, Oberschefflenz). Ergänzt wird die Karte durch alte Fotografien zu den Lagern und den Verwaltungsstellen der SS. Neu sind die Bilder aus dem KZ-Natzweiler (Neckarelz war ein KZ-Aussenlager von Natzweiler/Struthof im Elsass). Neu sind auch die vielen Bilder der zerstörten Eisenbahnbrücke, über die die Häftlinge in den Stollen marschieren mussten, und die Luftbildaufnahmen der Royal Air Force. In den Vitrinen liegen einige anschauliche Gegenstände aus dem KZ. Interessant ist der Blick in die Untertagefabrik von Daimler Benz. Dazu hat die Neckarelzer Initiative u.a. verschiedene Gegenstände aus dem Gipsstollen „Friede“ gesammelt (z.B. Schneideisen, Schlagzahlen, eine Pleuelstange, ein Zahnrad) und durch Fotos von Motorblöcken, Maschinen, Werkbänken, einem „Raum“ mit Zeichenbrettern u.a. ergänzt. Neu sind auch die kleinen Kartons mit Bildern von Neckarelz während der Naziherrschaft.

Geöffnet ist die Ausstellung jeden ersten und dritten Sonntag im Monat von 15 bis 18 Uhr. Die Schule mit den Ausstellungsräumen befindet sich in der Mosbacher Straße 39 in Neckarelz. Auf der anderen Neckarseite bei Obrigheim hat der Verein einen Geschichtslehrpfad „Goldfisch“ aufgebaut (Zugang direkt von der Straße zur alten Gardinenfabrik). Dort kann man dem Weg der Häftlinge zum Stollen folgen und erfährt an 10 Stationen alles über Leben, Arbeit und den Tod der Gefangenen.

rudi ■

Cities for Peace: Kommunen in den USA auf Antikriegskurs

Vor einem Monat griff der 85-jährige Robert Byrd, seit 1958 Vertreter von West Virginia im US-Senat, den Kriegskurs der Bush-Regierung und in diesem Zusammenhang seine Senatskollegen scharf an. „Krieg zu erwägen“, erklärte er, „bedeutet, über die schrecklichste der menschlichen Erfahrungen nachzudenken. An diesem Februar, an dem diese Nation am Rande einer kriegerischen Auseinandersetzung steht, muss jeder Amerikaner bis zu einem gewissen Grad die Schrecken eines Krieges betrachten. Aber diese Kammer ist für die meiste Zeit still – bedrohlich, schrecklich still. Es gibt keine Debatte, keine Diskussion, keinen Versuch, für die Nation die Vor- und Nachteile dieses besonderen Krieges darzulegen. Da ist nichts.“[1]

Der Senat schweigt, aber die Debatte entwickelt sich, und zwar von unten. Gegen die Versuche der Regierungspropagandamaschinerie, das Land auf Krieg einzuschwören, regt sich kraftvoller Widerstand. Mit Stand vom 10. März hatten 136 Groß- und Kleinstädte, Landkreise sowie zwei Bundesstaaten Resolutionen gegen den drohenden Irak-Krieg verabschiedet, und es werden jeden Tag mehr. Viele dieser Resolutionen sind in englischer Sprache zugänglich[2], und es fällt auf, dass sie außerordentlich viele gründlich erwogene Argumente enthalten. Ähnliches gilt für die Gewerkschaftsbewegung. In zahllosen Beschlüssen[3], ob von örtlichen Gewerkschaftslokalen z.B. der Teamster, von Gewerkschaften auf der Ebene von Bundesstaaten wie der Gewerkschaft des Pflegepersonals in Kalifornien oder von Gliederungen des Dachverbandes AFL-CIO wie in Philadelphia, Los Angeles oder im Bundesstaat Washington, begründen sie ausführlich ihre Ablehnung des Krieges.

In vielen Resolutionen nehmen die Leiden, die der letzte Golfkrieg und die zwölfjährigen Sanktionen über die Bevölkerung des Irak brachten, und die neuen, vielfach größeren Leiden, die ein neuer Krieg bringen wird, breiten Raum ein. Und wenn der Senat über die Kosten dieses Krieges für die amerikanische Bevölkerung schweigt – die Friedensbewegung rechnet sie vor und trägt sie über vielfältige Netzwerke, Institute, Friedenszentren usw. in die Öffentlichkeit.

Die wachsende Bewegung „Cities for Peace“ macht einen schroffen Konflikt zwischen der Bundesebene und den Kommunen, auch den Bundesstaaten deutlich. Ein mitentscheidender Grund für ihren Widerstand gegen den Krieg dürfte in gewaltigen Problemen liegen, die den Kommunen aufgebürdet sind, deren Bewältigung aber aufgrund der Krise der öffentlichen Haushalte unabsehbar ist. Der Krieg wird, das kommt in fast allen Resolutionen zur Sprache, die staatliche und kommunale Finanzlage noch dramatisch zuspitzen.[4]



8000 Kriegsgegner auf den Rheinwiesen in Düsseldorf am 15.3.

Die Staatsschulden der USA belaufen sich in diesem Jahr auf 596 Mrd. $, Folge der wirtschaftlichen Krise, drastischer Steuersenkungen und forcierter militärischer Aufrüstung – ursprünglich war für das Jahrzehnt ein Überschuss von mehreren Milliarden Dollar veranschlagt worden. Der drohende Irak-Krieg wird nach unterschiedlichen Angaben mindestens 100 Mrd. $ verschlingen, die Kosten langjähriger Besetzung, des Wiederaufbaus des Irak oder andere Kriegsfolgekosten noch nicht mitgerechnet. In einer langen Liste veröffentlichte das Netzwerk Schätzungen, wie viel Einkommenssteuer die Steuerzahler in den Städten der USA für den Irak-Krieg aufbringen müssen, in Los Angeles z.B. fast 835 Mio. $ – Geld, das für anderes nicht zur Verfügung steht. Auch die Bundesstaaten – viele verzeichnen Rekorddefizite – und Kommunen sind durch den Rückgang der Einkommenssteuer in einer schwierigen Lage. Praktisch alle Bundesstaaten haben begonnen, die Ausgaben für Schulen und Bildung zu kürzen, und die Kürzungen werden sich ohne Zuschüsse durch die Union beschleunigen. Das Gesundheitswesen steckt in einer tiefen Krise. In Los Angeles County z.B. mit einer Bevölkerung von 9,5 Millionen sind 2,5 Millionen Menschen nicht versichert, und ihre Zahl wächst. Hier wurden im Sommer 2002 5000 Beschäftigte im Gesundheitswesen entlassen und 12 von 14 öffentlichen Gesundheitszentren geschlossen, in wenigen Wochen macht das einzige Krankenhaus in der Region High Desert, das über alle wesentlichen Abteilungen verfügt, zu.[5] Die kalifornische Gewerkschaft des Pflegepersonals warnt davor, dass der Krieg zu weiteren, noch tieferen Einschnitten bei der Finanzierung öffentlicher Krankenhäuser, kommunaler Gesundheitszentren, bei Präventionsprogrammen usw. führen wird.

Fast alle Antikriegsbeschlüsse sowohl der Kommunen wie der Gewerkschaftsbewegung machen geltend, dass das Geld, das der Krieg verschlingt, stattdessen für das Gesundheitswesen, Bildung, Armutsbekämpfung, Schaffung von Arbeitsplätzen und andere soziale Zwecke ausgegeben werden soll.

Ein zweiter Schwerpunkt der öffentlichen Debatte sind die hohen menschlichen Kosten, die der Irak, aber auch die USA zu tragen haben, nicht nur im Krieg, sondern auch danach. Ein Drittel aller Obdachlosen in den USA, schätzt das Netzwerk, sind Veteranen früherer amerikanischer Kriege. Im letzten Golfkrieg haben sich allein 400.000 US-Soldaten in Gebieten aufgehalten, die durch abgereichertes Uran kontaminiert waren. Andere waren Nervengasen ausgesetzt, die bei der Bombardierung oder Sprengung irakischer Depots chemischer Waffen freigesetzt wurden. Nach Angaben der kalifornischen Gewerkschaft des Pflegepersonals sind ca. 160.000 US-Golfkriegs-Veteranen chronisch krank und arbeitsunfähig, die Zahl von Krebserkrankungen und anderen schwerwiegenden Schäden wie Gedächtnisverlust oder Missbildung bei ihren Kindern ist zwölfmal so hoch wie bei anderen Armeeveteranen.

Ein weiteres Argument bringt die AFL-CIO-Gliederung von Los Angeles County in die Debatte, immerhin die zweitgrößte in den USA, sie vertritt 800000 Lohnabhängige: Die Bush-Regierung nutze den Krieg zum Angriff auf Arbeiter-, Bürger-, Migranten- und Menschenrechte, u.a. durch den US Patriot Act, mit dem die Koalitionsfreiheit eingeschränkt und die Befugnisse zur Inhaftierung von Nicht-Staatsbürgern, die Telefon- und Internetüberwachung und die Aktivitäten der Geheimdienste ausgeweitet werden.

Seit Kriegsbeginn schlägt die „Cities for Peace“-Bewegung vor, jetzt Resolutionen zu verabschieden unter der Losung „Unterstützung für die Truppen – holt sie nach Hause!“ *scc, huh* ■

1 www.friedensratschlag.de
2 http://www.ips-dc.org/citiesforpeace/resolutions.htm
3 http://uslaboragainstwar.org/resolutions.php# sowie http://www.laborstandard.org/Iraq/ #Union % 20Resolutions
4 Die folgenden Angaben, sofern nichts anderes angegeben, nach: NATIONAL NETWORK TO END THE WAR AGAINST IRAQ, www.endthewar.org/speakout2.htm
5 Los Angeles Health System near meltdown, http://www.wsws.org/articles/2002/nov2002/la-n30.shtml

Gallischer Hahn oder Friedenstaube?

Zur Position Chiracs und dem Stand der zwischenimperialistichen Widersprüche

Von der Witzfigur zum Superstar? Noch vor einem Jahr war Staatspräsident Jacques Chirac in Frankreich allgemein als Supementeur (Super-Lügner) bezeichnet worden. Kaum jemand im In- oder Ausland hatte an seine Wiederwahl geglaubt. Doch heute sieht plötzlich alles ganz anders aus. Chiracs Politik in Sachen Irak stößt bei einer großen Mehrheit der Franzosen auf Zustimmung. DemonstrantInnen in London oder den USA bedanken sich auf Plakaten bei ihm: „Merci Chirac".

Bei einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats Mitte Februar erhält sein Außenminister Dominique de Villepin heftigen Applaus, obwohl der normalerweise in der Sitzungsordnung des internationalen Gremiums nicht vorgesehen ist – das hatte es zum letzten Mal bei einem Auftritt Nelson Mandelas nach seiner Freilassung (1990) gegeben. Chirac selbst nimmt Anfang März bei seinem Staatsbesuch in Algerien ein Bad nach dem anderen in der johlenden Menge, begleitet von Sprechchören wie „Vive Chirac, vive l'Irak !" und „Veto, veto!" Allerdings riefen viele junge Leute auch „visa, visa", denn die eigentliche Motivation ihrer Begeisterung besteht darin, dass sie zu gern nach Frankreich abhauen würden... Und Juristen sowie Hochschullehrer aus dem zentralamerikanischen Costa Rica schlugen Chirac gar als nächsten Träger des Friedensnobelpreises vor.

Hauptgrund für den Erfolgszug Chiracs ist die Haltung, die seine Regierung seit Anfang 2003 auf der internationalen diplomatischen Bühne gegenüber der Irakpolitik der USA einnimmt. Die wichtigsten Stationen dieser Diplomatie sind die gemeinsame französisch-deutsch-russische Erklärung, die am 10. Februar anlässlich des Besuchs von Russlands Präsident Wladimir Putin in Paris vorgestellt wurde, sowie das französisch-russische Alternativpapier zum Resolutionsentwurf von US-Amerikanern, Briten und Spaniern im UN-Sicherheitsrat. In einer Fernsehansprache an die vor den Bildschirmen versammelte Nation hat Chirac nun am 10. März 03 definitiv angekündigt, Frankreich werde sein Veto im UN-Sicherheitsrat gegen eine Resolution einlegen, welche die USA zum Krieg ermächtigen würde.

Nun konnte (und musste) man sich über die Tatsache freuen, dass die Kriegspläne der Bush-Administration auf diesem Wege wahrscheinlich einige Verzögerung erfahren haben – getrübt durch die ebenso unumstößliche Tatsache, dass der Krieg dennoch stattfindet. Doch sollte man dies als Resultat „zwischenimperialistischer Konkurrenz" werten. Denn an Friedenswillen und rein humanististische Motive zu glauben, dazu besteht kein Anlass.

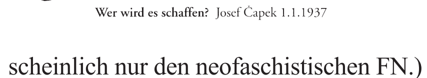
Worum geht es also?

Es handelt sich in erster Linie um einen Machtkampf unter Großmächten. Frankreich und Russland haben in den vergangenen Jahrzehnten besonders stark im Irak investiert. In den 70er und 80er Jahren war Frankreich einer der wichtigsten Lieferanten Bagdads gewesen. Insbesondere bei den konventionellen Waffen spielte Paris eine herausragende Rolle (bei der Hochtechnologie und bei den Komponenten für ABC-Waffen musste es diesen Spitzenplatz allerdings mit Westdeutschland und den USA teilen). Daran möchten sowohl Frankreich wie Russland wieder anknüpfen und sich gern ein größeres Stück vom Kuchen abschneiden, als ihnen bisher in Washingtons Nachkriegsplänen zugedacht wurde. Es ist möglich, dass die Zuspitzung dieser Widersprüche der französischen Regierung dabei zeitweise aus dem Ruder gelaufen ist. Das bedeutet, dass sie gegenüber einer unnachgiebigen Haltung der US-Administration, die ganz allein über den Nachkriegs-Irak bestimmen will, eine härtere Haltung durchhalten muss, als ihr eigentlich ursprünglich lieb gewesen wäre.

Klassische EInflusszone Frankreichs...

Frankreich hat im Irak während langer Jahre eine Sonderrolle gespielt, die sich auf seine außenpolitische Situation während der Siebziger Jahre zurückführen lässt. Die Kriege gegen die Unabhängigkeitsbewegung in Algerien (1954/62) und die „Suez-Expedition" – der Überfall auf Ägypten, das den Suezkanal nationalisiert hatte, zusammen mit Großbritannien und Israel – im Herbst 1956, die durch USA und UdSSR gemeinsam gestoppt wurden, hatten die Altkolonialmacht Frankreich im Mittelmeerraum politisch isoliert. Zunächst fehlte es Frankreich an potenziellen Partnern, da die Einflusszonen im Nahen und Mittleren Osten weitgehend abgesteckt waren. Die US-Amerikaner saßen längst in Saudi-Arabien, aber auch im Iran unter dem Schah. Die Briten behielten eine gewisse Kontrolle in ihren früheren Kolonien am Golf wie Kuwait oder Bahrain.

Daher setzte Frankreich in den frühen Siebzigern alles auf die irakische Karte. Proirakisch zu sein, gehörte damals fast zum guten Ton; auf den Riesenempfängen der irakischen Botschaft in Paris fand sich in den späten 70er Jahren die gesamte politische und intellektuelle Schickeria ein. Schon Mitte der Siebziger hatte der Irak aus seinen Öleinnahmen – glaubt man ‚Le Monde' vom 23. September 1990 – mehrere französische politische Parteien finanziert, darunter den gaullistischen RPR, eine bestimmte Strömung innerhalb der Sozialdemokratie (jene von Jean-Pierre Chevènement) und den linkssozialdemokratischen PSU. (In den 90iger Jahren dagegen finanzierte der Irak höchstwahrscheinlich nur den neofaschistischen FN.)



Wer wird es schaffen? Josef Čapek 1.1.1937

Und während andere westliche Führungsmächte – wie die USA und die BRD' im iranisch-irakischen Krieg der Jahre 1980/88 hinter den Kulissen, in „ausgeglichener" Form, beide Kriegsparteien zugleich aufrüsteten, ergriff Frankreich offen Position für das irakische Regime. Begründet wurde dies nicht mittels eines „völkischen" Nationalismus, sondern im Gegenteil durch eine Instrumentalisierung der Berufung auf die bürgerliche Aufklärung. Längst zur Staatsideologie unter imperialistischen Verhältnissen geronnen und von ihren liberal-revolutionären Ursprüngen weit entfernt, wurde die republikanisch-universalistische Staatsdoktrin auf den Irak projiziert. Hielt dessen Regime doch noch bis 1990 einen laizistischen Anspruch aufrecht, auch wenn die Politik der Modernisierung „von oben" spätestens mit dessen Überfall auf den Iran 1980 zu Ende war und einem rein repressiven Charakter Platz machte. Der Irak wurde als Bollwerk der Moderne „gegen die fundamentalistischen Horden des Iran" dargestellt. Übrigens hat diese Haltung in den Achtziger Jahren auch in der BRD Anhänger gefunden. So hatte ein damaliger Abgeordneter der westdeutschen Grünen namens Otto Schily – ja, der jetzige Bundesinnenminister – im Herbst 1987 für Zoff in der Bundestagsfraktion der Ökopartei gesorgt, durch eine Presseerklärung unter dem Titel „Solidarität mit Frankreich am Golf".

Frankreich ließ im Sommer 1990 seinen Verbündeten fallen und schloss sich der Allianz unter Führung von George Bush Vater an, die internationalen Kräfteverhältnisse realistisch einschätzend. Das Engagement von 12.000 bis 15.000 französischen Soldaten in der damaligen US-geführten Allianz erbrachte allerdings keine nennenswerten Ergebnisse: Anders als US-Firmen, Briten oder Japaner erhielt Frankreich am Ende keinen der lukrativen Aufbauverträge für Kuwait – nachdem das monarchische Herrscherhaus wieder an dessen Spitze stand – zugeschustert. Deswegen versuchte Paris ebenso wie Moskau, bereits ab 1992 – und verstärkt ab 1995 – wieder Geschäftsbeziehungen zum amtierenden Regime in Bagdad zu knüpfen, da in Kuwait nicht viel zu holen war. Die Erdöl-Förderverträge, die Frankreichs



führender Konzern Total (der später mit der belgischen Fina und dem französischen Ölriesen Elf-Aquitaine fusionierte) 1995 sowie Russlands Ölfirma Lukoil im Jahr 1999 abschlossen, wurden nicht ausgeführt – sie standen unter dem Vorbehalt der Aufhebung des Embargos. Jetzt aber, im Jahr 2003, wollen Frankreich und Russland nicht erneut das Nachsehen haben und aus einer Nachkriegordnung „ausgeklammert" sein.

Innenpolitische Motive – Chirac, Le Pen und die Linke

Nicht zuletzt hat das Agieren Chiracs – wie sicherlich auch jenes von Kanzler Gerhard Schröder – auch handfeste innenpolitische Gründe. Einerseits lehnt die nationale öffentliche Meinung jeweils mit deutlicher Mehrheit den drohenden Krieg im Irak ab, allerdings auch deswegen in Proportionen um die 70 Prozent, weil bisher – anders als 1990/91 – kein enormer propagandistischer Druck durch Medienberichterstattung zugunsten der Kriegspropaganda entfaltet worden ist. In Frankreich sind die Medien heute oftmals in anderer Weise unkritisch gegenüber der „eigenen" Regierung eingestellt, indem sie bspw. vom „Lager des Friedens" schwadronieren, wenn von internationalen Auftritten Chiracs die Rede ist. „Burgfrieden" und Medienpropaganda zugunsten der eigenen Regierung kann eben in beiden Richtungen funktionieren: 1991 eindeutig für einen Krieg, an dem Frankreich beteiligt war, 2003 eher für die abwartende Position Chiracs (freilich nicht für das irakische Regime, das als so widerwärtig dargestellt wird, wie es auch wirklich ist).

Andererseits sind mehrere der beteiligten Regierungen innenpolitisch derart angeschlagen, dass sie eine verstärkte Legitimierung ihres Handelns durch ein vermeintlich konsequentes Eintreten gegen einen (bisher unpopulären) Krieg auf jeden Fall gebrauchen können. Auch eine außenpolitisch stärkere Abgrenzung von den USA und ihren „unverschämten Forderungen", die als Projektionsfläche für gesellschaftliche Frustrationen und für (in dem Fall billig erkaufte) Vorstellungen von „Widerstand gegen die Mächtigen" herhalten können, kommt dabei nicht unwillkommen. Dabei mischen sich in der öffentlichen Wahrnehmung wahrscheinlich in hohem Maße berechtigte Motive (Ablehnung eines bisher als kaum gerechtfertigt erscheinenden Krieges, ein diffuser und politisch unbewusster „spontaner Antiimperialismus") mit weit weniger legitimen oder progressiven Elementen (Nationalismus oder Chauvinismus, Projektionen sozialer Wut auf die alleinigen USA).

Die französische Staatsführung beispielsweise kann eine solche Initiative gut gebrauchen: Präsident Chirac wurde am 21. April 2002, im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl, von nur gut 19 Prozent derer, die eine gültige Stimme abgaben, gewählt. Noch nie in der Geschichte des Landes hatte ein amtierender Staatpräsident, der zu seiner Wiederwahl antrat, ein dermaßen schlechtes Ergebnis im ersten Wahlgang eingefahren. In der Stichwahl der zweiten Runde kam Jacques Chirac dann mit einem quasi „sowjetisch" anmutenden Wahlergebnis von 82,3 Prozent durch - aber nur mit den Stimmen von vier Fünfteln seiner linken GegnerInnen und deswegen, weil ihm gegenüber der Neo- bzw. Altfaschist Jean-Marie Le Pen als einziger Kandidat im Rennen blieb. Die daraus resultierende politische Legitimität ist brüchig und anfällig.

Derzeit aber ist Chirac allem Anschein nach dabei, sich wieder eine solide Reputation zu verschaffen. Dabei verlängert er, zu seinen Gunsten, in gewisser Weise die innenpolitischen Fronten aus den aufgeregten Wochen der Präsidentschaftswahl. Baute Chirac sich damals zum „letzten Bollwerk gegen den Faschismus" in Gestalt von Jean-Marie Le Pen auf, um sich mit den Stimmen der Linken in der Stichwahl bestätigen zu lassen, so sucht er sich jetzt als „letztes Bollwerk gegen den Krieg" zu profilieren. (In beiden Fällen kann die Linke aller Couleur nur verlieren, wenn sie sich darauf einlässt, ohne gebührenden Abstand zu dem konservativen Populisten zu wahren, der nunmehr – nach anderen, kunterbunten Wahlkampfslogans – auch noch das Versprechen „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg" für sich zu vereinnahmen versucht.)

Damit gräbt er natürlich zunächst der sozialdemokratischen größten Oppositionspartei das Wasser ab, denn deren Stand ist tatsächlich schwierig: Einerseits ist es für die Sozialdemokratie kaum möglich, Chirac auf der Überholspur der Kriegsbefürworter zu überholen – eine Pro-Kriegs-Position könnte sie im derzeitigen Klima unmöglich vermitteln. Andererseits kann sie aber auch kaum Chirac vorwerfen, „zu wenig gegen den Krieg" zu tun. Denn nicht nur, dass Chirac öffentlich als Herausforderer Bushs wahrgenommen wird, sondern da ist auch noch die Tatsache, dass 1991 die damals regierenden Sozialisten Frankreich am Golfkrieg beteiligt hatten. Dadurch wird die Lage recht kompliziert für die Sozialdemokraten, wollen sie sich von Chirac abgrenzen. Öffentlich wird vor allem deren farblose Unterstützung für Chiracs jetzige Position wahrgenommen. (Die KP und die radikale Linke sind hingegen – anders als die Sozialdemokratie – sehr stark in den Demonstrationen präsent.)

Nicht zuletzt aber wird der Platz auch für Le Pen und die extreme Rechte eng. Denn Jean-Marie Le Pen war 1990/91 der einzige Politiker „von Gewicht" auf der Rechten, der explizit gegen den US-Krieg wetterte - und sogar noch weiter ging, weil er offen mit der irakischen Diktatur fraternisierte, was aber in der eigenen FN-Wählerschaft auch nicht so gut ankommt. Auch der extremen Rechten fällt daher zur Zeit eine eigenständige Profilierung eher schwer.

Die Sonntagszeitung (JDD) meldete am 16. März 03 auf ihrer Titelseite: „Popularitätsrekord für Jacques Chirac". Seit Beginn seiner ersten Amtszeit, im Mai 1995, war der amtierende Präsident noch nie so populär (67 Prozent positive Sympathiewerte, ein Zugewinn von +10 Prozent in einem Monat). Zwar wissen die Leute anscheinend ziemlich genau, dass die Regierung gerade jetzt ungestört innenpolitische und soziale Sauereien durchzuziehen versucht – das aber badet allein sein Premierminister aus, Jean-Pierre Raffarin, der in der öffentlichen Meinung an Boden verliert.

Und die französische Antikriegs-Bewegung?

Leicht vergröbert dargestellt finden sich drei Positionen in den Reihen der Antikriegsbewegung.

1) Ein eher „moderater" Teil der pazifistisch orientierten Kräfte gibt Chirac im Moment gegenüber der US-Administration Bush eher Rückendeckung. So fordert die traditionelle Friedensorganisation Mouvement de la paix (wörtlich: „Friedensbewegung"; diese Vereinigung aus dem weiteren KP-Umfeld existiert seit den 50er Jahren und den damaligen Anti-Atomwaffen-Kampagnen) Chirac eher wohlwollend dazu auf, Frankreich solle im UN-Sicherheitsrat sein Veto gegen eine zum Krieg ermächtigende neue Resolution einlegen. Ähnliche Positionen werden auch von katholischen Friedens- oder Solidaritätsgruppen geteilt. Unterstützt durch eine größere Zahl von Unterzeichnergruppen (darunter Immigrantenvereinigungen, Menschenrechtsorganisationen, ...) sammelt dieses Spektrum derzeit Unterschriften unter Postkarten, die an Jacques Chirac adressiert sind und das französische Veto im UN-Sicherheitsrat einfordern.

2) Der linke Flügel der Antikriegsbewegung lehnt unterdessen jedes „Vertrauen auf Chirac" ab. Man bezieht sich auch nicht auf UN-Resolutionen und bestehende internationale Institutionen, da deren Politik ohnehin nur herrschende Interessen – oder eine Kombination aus verschiedenen herrschenden Interessen – widerspiegele. Man kritisiert stattdessen auch Frankreichs eigene Rolle auf dem afrikanischen Kontinent, oder thematisiert die brutale Kriegführung in Tschetschenien während des Putin-Besuchs im Pariser Rathaus am 10. Februar. Nur die internationale Mobilisierung könne als taugliches Mittel einer Antikriegspolitik forciert werden. Niemand in diesem Spektrum solidarisiert sich mit der herrschenden irakischen Diktatur. Zugleich wird die frühere Waffenbrüderschaft Frankreichs, aber auch der USA mit der irakischen Diktatur (etwa zum Zeitpunkt des Massakers von Halabja) thematisiert.

Dieses Spektrum widerspiegelt sich vor allem in den „Anti-Kriegs-Kollektiven", die an vielen Universitäten des Großraums Paris und in mehreren Bezirken und Vor- oder Trabantenstädten entstanden sind. Hier finden sich – neben Einzelpersonen –

an organisierten Kräften vor allem Anarchokommunisten und libertäre Kommunisten (Alternative liberataire), der undogmatische Teil der französischen Trotzkisten (die Ligue Communiste Révolutionnaire, LCR), die französische Linksruck-Variante (SPEB oder Socialisme par en bas, „Sozialismus von unten“), internationalistische Kräfte wie etwa lateinamerikanische Linke, diverse GewerkschafterInnen und auch Personen aus der KP und ihrem Umfeld.

Innerhalb der KP-Basis finden sich beide Positionen wieder - jene, welche die offizielle französische Position vor allem als Ausdruck inner-imperialistischer Rivalitäten analysiert (und sich demnach auf keine Seite innerhalb dieses Konkurrenzverhältnisses stellen will), und eine Position zugunsten des französischen Vetos und entsprechender Aufforderungen an Chirac. Wobei beide Standpunkte sich nicht unbedingt ausschließen müssen, da man auch die Veto-Forderung aufstellen, sie aber ohne Illusionen gegenüber Chirac und ohne positiven Bezug auf Frankreichs internationale Rolle vorbringen kann. Daher werden mitunter beide Positionen nebeneinander eingenommen. Dennoch wäre kritisch anzumerken, dass über die KP-Basis derzeit insgesamt eine eher positive Bezugnahme auf Chirac in die Antikriegsbewegung hinein vermittelt wird.



Ein Aufruf von GewerkschafterInnen zu Aktionen gegen den Krieg stammt aus dem bezeichneten linkeren Teil der Antikriegsbewegung. Unter ihn wurden bisher rund 2.000 Unterschriften gewerkschaftlicher Aktivisten und Funktionsträger aus verschiedenen Organisationen gesammelt (aus den Gewerkschaftsbünden CGT, CFDT und FO, der Lehrergewerkschaft FO, aus den linken Basisgewerkschaften SUD oder der anarcho-syndikalistischen CNT). Auch einige Branchenorganisationen (vor allem aus der CGT und SUD, aber auch eine Sektion der FO-Eisenbahner) unterstützen den Aufruf als kollektive Strukturen.

3) Deutlich rechts davon bemüht sich seit Januar 2003 die patriotische Wochenzeitschrift *Marianne* um Einflussnahme. Sie steht dem linksnationalistischen und EU-skeptischen Präsidentschaftskandidaten Jean-Pierre Chevènement nahe - dem Chef der „Republikanisch-staatsbürgerlichen Bewegung“ (MRC, früher MDC), einer Abspaltung der französischen Sozialdemokratie aus den Jahren 1992/93. Chevènement war von 1988 bis 1991 Verteidigungsminister und amtierte später, 1997 - 2000, als Innenminister der sozialdemokratischen Regierung Lionel Jospins. Er führte in seiner Amtszeit als Verteidigungsminister mehrere militärische Interventionen Frankreichs – vor allem auf dem afrikanischen Kontinent: im Gabun, im Tschad und in Zaire –, lehnte aber den US-Krieg 1991 ab, da er Frankreichs Interessen eher auf Seiten des irakischen Regimes ausmachte. Chevènement war in den späten 80er Jahren einer der führenden Köpfe einer „Freundschaftsgesellschaft Frankreich - Irak“, die mit dem amtierenden Regime in Bagdad offen paktierte.

Nachdem er den Aufmarsch der französischen Truppen am Golf befehligt hatte, trat er dann im Januar 1991 – zwölf Tage nach Ausbruch des Golfkriegs – doch noch als Verteidigungsminister zurück. Das brachte ihm damals einige Sympathien ein, macht allerdings aus Chevènement weder einen Pazifisten noch einen Humanisten, geschweige denn Revolutionär oder Imperialismuskritiker. Als Innenminister ab 1997 zeichnet er für einige repressive Maßnahmen gegen „illegale“ Immigranten verantwortlich. Seine Teilnahme an manchen Demonstrationen der Antikriegsbewegung stößt deswegen auf heftige Kritik aus Teilen der der radikalen Linken.

Mit einem eigenen Aufruf vom 13. Januar 03 versuchte *Marianne,* eine „die Links-Rechts-Spaltung überwindende und klassenübergreifende“ Mobilisierung zu entfachen. Man unterstützte die Forderung nach einem französischen Veto im UN-Sicherheitsrat gegen eine Kriegsresolution zugunsten Bushs, und forderte ferner einen demokratischen Regimewechsel im Irak und die Bekämpfung des Terrorismus. Man kann indirekt aus dem – humanistisch gehaltenen – Aufruftext schließen, dass nach Ansicht der Unterzeichner eben Frankreichs Interessen bei einem allfälligen Regimewechsel im Irak nicht zu kurz kommen sollen. Auf der Grundlage ihres Aufrufs versuchte *Marianne*, auch Teile der politischen Rechten in die Antikriegsmobilisierungen einzubeziehen. Dafür konnte man vor der bisher größten Antikriegs-Demonstration in Paris, am 15. Februar, beispielsweise 15 Parlamentarier der konservativen Rechten gewinnen. Der sozialdemokratische gewerkschaftliche Dachverband CFDT und mehrere Polizeigewerkschaften unterstützen ebenfalls die Marianne-Idee, auch mehrere (nationale oder Europaparlaments-)Abgeordnete - vom neoliberalen Grünen Daniel Cohn-Bendit bis hin zum rechtskatholischen Nationalisten Graf Philippe de Villiers.

Im linken und basisnahen Teil der Antikriegsbewegung wird jener rechte und nationalistische – oder aber (wie im Fall des fanatischen EU-Fans Daniel Cohn-Bendit) für eine Stärkung der EU gegenüber den USA eintretende – Flügel vor allem als politischer Risikofaktor gesehen. Im Hinblick auf den 15. Februar versuchte man daher, eine möglichst starke, von Regierung und Nationalisten unabhängige Mobilisierung zu erzielen, welche die *Marianne*-Offensive politisch marginalisieren könne.

Das ist weitgehend gelungen, bzw. das Marianne-Projekt blieb ein kompletter Fehlschlag. Denn die politische Rechte war in den Demonstrationen vom 15. Februar so gut wie nicht vertreten – diese war zu 95 Prozent aus dem Umfeld der Linken und/ oder dem migrantischen Spektrum zusammengesetzt. Lediglich ein sehr kleiner Trupp von traditionalistischen Gaullisten fand sich ein. Er trug zwar riesige französische Fahnen mit dem „lothringischen Kreuz“, also dem gaullistischen Symbol. Dahinter fanden sich aber lediglich 30 Personen – überwiegend ältere Semester – ein. Aus den konservativ-liberalen Regierungsparteien war keinerlei Präsenz in der Demo zu entdecken.

Bei einer erneuten Demonstration gegen den Irakkrieg am Abend des 05. März, an der in Paris rund 7.000 Personen teilnahmen – ein Werktagabend um 18 Uhr ist kein günstiger Zeitpunkt für breite Mobilisierungen –, wurde Ex-Innenminister Chevènement aus dem Demonstrationszug geworfen. Rund 30 junge Linke und Studierende vertrieben Chevènement und erinnerten ihn in Sprechchören an seine Verantwortung für Abschiebungen.

Als am 15. März erneut in Paris 60.000 bis 80.000 Demonstrierende auf die Straße gingen, waren Kräfte rechts von der Sozialdemokratie gar nicht vertreten.

Nur der Vollständigkeit halber erwähnt seien auch noch die Umtriebe des „Parti des travailleurs“ PT, einer extrem autoritären, dogmatisch-trotzkistisch auftretenden Politsekte, die oftmals verdeckt (statt unter ihrem eigenen Namen) agiert. Im Oktober 2002 gelang es dem PT zunächst anscheinend, das Heft in der Antikriegsbewegung an sich zu reißen. Da die PT-Leute als zeitlich Erste den Aufruf aus den USA „Not in our name“ ins Französisch übersetzt hatten, konnten sie damit zunächst unerkannt Unterschriften – etwa aus dem Bereich der Künstler und Intellektuellen – für ihre alleinigen Aktivitäten sammeln. Mittlerweile hat sich die Politsekte aber ausmanövriert, wenngleich sie ihre „Truppen“ stark zu den Antikriegsdemonstrationen mobilisiert. Derzeit bildet sie noch einen lästigen Störfaktor, aber kein politisches Risiko.

Bernhard Schmid, Paris ■

Irak: Flüchtlingskatastrophe droht

PRO ASYL appelliert eindringlich an die Regierungschefs der europäischen Staaten, angesichts des drohenden Irak-Krieges konkrete Maßnahmen zum Schutz der Flüchtlinge zu ergreifen. Die Türkei, Iran, Kuwait und Saudi-Arabien müssen ihre Grenzen für Flüchtlinge öffnen. Die EU-Staaten müssen sie finanziell unterstützen und selbst bereit sein, Flüchtlinge aufzunehmen. Ein Präventivkonzept, das hoffentlich nie zur Anwendung kommt, muss entwickelt werden.

Statt dessen sind die Abschottungsmaßnahmen gegen Flüchtlinge in vollem Gange: Die Türkei hat ihre Grenze zum Irak abgeriegelt. Türkische Truppen haben bereits den „Sicherheitsstreifen“ entlang der türkisch-irakischen Grenze besetzt. Auch große Teile der Grenzen zum Iran wurden in den letzten Jahren vermint. Kuwait und Saudi-Arabien haben bereits öffentlich erklärt, keine Flüchtlinge aufnehmen zu wollen. Vor diesem Hintergrund kann der Irak und hier insbesondere der Nord-Irak zur „Todesfalle“ für Flüchtlinge werden. PRO ASYL appelliert, der sich abzeichnenden Flüchtlingskatastrophe nicht untätig entgegenzusehen. Die UN rechnen mit mindestens 600.000 Flüchtlingen. Konkrete Maßnahmen zum Schutz der Flüchtlinge sind erforderlich - auch in Deutschland.

International setze sich die Bundesregierung gegen einen Angriffskrieg und den Bruch des Völkerrechts ein. Dieses Engagement ende jedoch „spätestens an der eigenen Grenze“, sagte Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL. Die Anerkennungsquote für Flüchtlinge aus dem Irak sei dramatisch gesunken, von über 65 % im Jahr 2001 auf nun einmal gerade noch 13 %. Die abschreckende Entscheidungspraxis solle möglichst viele irakische Flüchtlinge davon abhalten, einen Fluchtweg nach Deutschland zu suchen.

PRO ASYL ruft Flüchtlingsinitiativen dazu auf, sich an Protestaktionen der Friedenbewegung gegen den Irak-Krieg zu beteiligen und dabei die Situation der Flüchtlinge zu thematisieren.

Pro Asyl, gez. Günter Burkhardt, Geschäftsführer ■

Abschiebungen – immer gnadenloser und brutaler

So bewertet der Frankfurter Flüchtlingsbeirat in den Asyl-Nachrichten (Februar 03) die Umstände der von den Ausländerbehörden der Region in den letzten Monaten betriebenen Abschiebungen. Der Informationsdienst enthält eine Zusammenstellung von Presseberichten, die nur die Spitze des Eisbergs beschreiben, weil vieles gar nicht bekannt wird:

Die Ausländerbehörde Schwalbach lässt eine Familie aus Oberursel in den Kosovo abschieben, obwohl die Duldungsfrist verlängert wurde. Das Frankfurter Ordnungsamt verhaftet Frau Nasreta Michaelis an ihrem Arbeitsplatz der AWO, um sie am nächsten Tag mit ihrem 5-jährigen Kind nach Sarajevo abzuschieben. Ähnliches wurde der 8-köpfigen kurdischen Familie Gülec aus Altenkirchen (Westerwald) angetan. Bei Familie Thaqi aus Frankfurt bewirkten die öffentlichen Proteste, dass die drohende Abschiebung bis Juni zurückgestellt wurde. Alle Familien waren vor 10 bis 15 Jahren nach Deutschland geflohen. Die Kinder wurden über wiegend hier geboren. Ähnlich skandalöse Nachrichten gibt es auch aus den sog. Flughafenverfahren. So kritisiert Pro Asyl eine Entscheidung des Frankfurter Verwaltungsgerichts, das einen eritreischen Journalisten trotz offensichtlich bestehender Verfolgungsgefahr zurückgewiesen hatte. Aktuell droht dem im Flughafenverfahren abgelehnten indischen Asylsuchenden Prof. Singh Bhullar die Todesstrafe. Vor wenigen Tagen hat die Lufthansa einen 20jährigen irakischen Kurden gegen seinen Willen nach Griechenland abgeschoben. Die Verwaltung der Airline verweigerte gegenüber Mitgliedern der “Karawane” und des Aktionsbündnisses “Esdagh muss bleiben” jegliche Auskünfte. Auch der Sicherheitsdienst fiel durch besonders agressives Verhalten auf. Das Aktionsbündnis befürchtet, dass hier eine neue Strategie vorliegt, Abschiebungen ungestört durchführen zu können: „Offensichtlich nimmt die Lufthansa ihr Versprechen, niemanden gegen seinen Willen abzuschieben, nicht mehr ernst.“

Asyl-Nachrichten (2/ 03), ola ■

Bleiberecht für Romaflüchtlinge!

Berlin. In wenigen Wochen sollen Tausende Roma zwangsweise in Gebiete des ehemaligen Jugoslawien rückgeführt werden. Sie flohen seit Ende der 80er-Jahre aus dem Kosovo und vor dem Bürgerkrieg der 90er-Jahre. Sie suchten Schutz vor Diskriminierung, Verelendung und Vertreibung. Viele leben nunmehr seit Jahren in der Bundesrepublik und haben mehrheitlich versucht sich zu integrieren. Ihre Kinder besuchen Schulen oder haben sie erfolgreich abgeschlossen. Die beabsichtigte Abschiebung nimmt ihnen jede Perspektive. In Anbetracht der besonderen historischen Verantwortung, die wir gegenüber den 500.000 Holocaust-Opfern der europäischen Sinti und Roma und ihren Nachkommen haben, wenden wir uns an den Bundesinnenminister und die Innenminister der Länder:

Heben Sie die gefassten Rückführungsbeschlüsse auf und ermöglichen Sie den Romaflüchtlingen ein Bleiberecht und die Integration in unsere Gesellschaft. *Geschäftsführender Vorstand VVN-BdA* ■



„FlugbegleiterInnen“ gegen Abschiebungen

Nach zwei Todesfällen innerhalb von nur 3 Wochen hat die Kampagne „Deportation.Class – Gegen das Geschäft mit Abschiebungen“ ihre Aktivitäten auch auf die Airline Air France ausgeweitet. Während eines bundesweiten Aktionswochenendes vom 7.- 9. März 2003 gab es auch in Berlin auf der Tourismusbörse ITB Aktionen gegen Air France und Lufthansa. Dem Aussehen nach echten Lufthansa- bzw. Air France FlugbegleiterInnen zum Verwechseln ähnlich verteilten wir jede Menge Flyer an ein äußerst freundliches und aufmerksames Messepublikum. aus: germany.indymedia.org

Kriegslügen und neuer Frieden

„Das erste Opfer des Krieges ist immer die Wahrheit.“ Diese Erfahrung der gesamten Menschheitsgeschichte wird zur Zeit wieder auf besonders drastische Weise bestätigt. Schon im Vorfeld dieses zweiten Irakkriegs der USA und ihrer Anhängsel England und Spanien wurde ein gigantisches Netz von Propagandalügen gesponnen, mit tumber Beharrlichkeit und gebetsmühlenartiger Penetranz verbreitet und mit zweifelhaftesten „Beweisen“ untermauert.

Falschwörterbuch

In der „Süddeutschen“ beleuchtet Ivan Nagel die perfide Wortwahl dieses Lügennetzes in einem „Falschwörterbuch“ (Süddeutsche Zeitung vom 19.02.03). Er weist darin die bewusste Verzerrung und Bedeutungsverdrehung einer ganzen Kette derzeit häufig verwandter Begriffe – von „Drohkulisse“ bis „Freiheit“ und „Demokratie“ – nach und prognostiziert düster: „Es werden viele, bösere Lügen kommen“.

Wie dies im Vorfeld und im Vollzug der aktuellen Intervention im Irak gilt, so galt es auch im ersten Golfkrieg und im Krieg der Nato im Kosovo. Während aber zur Zeit fast von einem nationalen Konsens in der Ablehnung der US- Intervention gesprochen werden kann, schieden sich damals, ab dem ersten Golfkrieg 1991 in Deutschland, selbst in der Linken, die Geister.

Kriegsdiskurse

Den Argumentationswandel, der dieser Spaltung zu Grunde lag, beleuchtet Michael Schwab-Trapp, Soziologe an der Universität Siegen, in seiner Studie „Kriegsdiskurse – Die politische Kultur des Krie-ges im Wandel 1991 - 1999“ (Leske + Budrich, Opladen 2002).

Der Autor geht aus von der These, das im untersuchten Zeitraum die seit 1945 unter dem Gebot „Nie wieder Krieg“ geltende Tabuisierung kriegerischer Auseinandersetzungen aufgehoben wurde. Er konstatiert einen sukzessiven Wandel vom „vorherrschenden Dissens über den Einsatz militärischer Mittel zur Lösung politischer Konflikte“ zu einem weitgehenden „Konsens über die Legitimität militärischer Interventionen“. Dieser äußerte sich vor allem in zunehmenden Gemeinsamkeiten in den Auffassungen der jeweiligen Regierung und der Opposition von der Statthaftigkeit kriegerischer Mittel. Schwab-Trapp sieht darin eine Vereinheitlichung der politischen Kultur des Krieges 1991 - 1999.

„bewältigte“ Vergangenheit

Ein wichtiges Legitimationsfeld bestand in diesem Prozess in einer Neubestimmung der normativen Bedeutung der nationalsozialistischen Ver-gangenheit. Mit der deutschen Vereinigung wurde diese Ver-gangenheit vielfach als weitgehend „bewältigt“ angesehen. Und immer weniger wurde eine Notwendigkeit kontinuierlicher Befassung mit dem Nationalsozialismus gesehen.

Deutschland wurde jetzt als wieder uneingeschränkt souverän verstanden. Zunächst verschob sich während des Golfkrieges die Einstellung zu militärischen Interventionen auf der Ebene des Parteiergreifens – kulminierend vor allem in der Verurteilung irakischer Raketenangriffe auf Israel.

Im Zuge des Jugoslawienkonflikts wurde in zunehmendem Maße ein militärisches Engagement Deutschlands denkbar. Und im Kosovokrieg schließlich wurde es in faktisches Handeln umgesetzt.

Menschenrechte

Eine zweite Legitimationsebene eröffnete sich für diesen Einstellungswandel in einer verstärkten Pointierung der Menschenrechte als universales und unverletzliches Gut. Schwab-Trapp sieht am Ende dieses Prozesses einen „Imperativ..., gegen massive Menschenrechtsverletzungen auch mit militärischen Mitteln vorzugehen“ – eine „activation order“.

Der Autor der Studie untersucht diese Entwicklung mit diskursanalytischen Mitteln, die er als aussagestarkes Instrumentarium für die Analyse öffentlicher Auseinandersetzungen und kultureller Wandlungsprozesse begreift. Ausführlich verfolgt er auf dieser Grundlage die Entwicklung der Argumentationsmuster in Parteien, Medien und Institutionen im Zeitraum 1991 - 1999.

Schwab-Trapp sieht schließlich vor dem Hintergrund der Verbindung von Menschenrechtsargumentation und Globalisierungsaspekten ein hohes „diskursives Überzeugungspotential“ der Befürworter militärischer Interventionen. Die verbliebenen Kriegsgegner sieht er „unter der Hand“ zu „Ewiggestrigen“ mutiert: „War das Ja zum Krieg ehemals vor allem Ausdruck einer rückwärts gewandten Einstellung unbelehrbarer konservativer Kräfte, so wird dieses Ja spätestens mit der Diskussion über den Kosovokrieg zum legitimen Ausdruck der Zugehörigkeit zur politischen Avantgarde.“

Zweifel

Muss dieses Fazit schon für den Bezugszeitpunkt 1999 stark bezweifelt werden, so stellt sich erst recht jetzt, angesichts des brutalen und völkerrechtswidrigen Kurses der Bush-Administration zur Durchsetzung ihrer energiepolitischen und geopolitischen Interessen im Irak, die Situation wieder völlig anders dar: Mit ihrem zwar populistisch begründeten und außenpolitisch miserabel verkauften, aber doch klaren Nein zu militärischer Beteiligung Deutschlands an der Irak-Intervention vertritt die Bundesregierung die Position des größten Teils der Bevölkerung – und dies trotz erkannter und verurteilter Menschenrechtsverletzungen im Irak – im deutlichen Gegensatz also zur Begründungslinie der Zustimmung zum Kosovokrieg.

Mit einer Verlängerung seines Untersuchungszeitraums um vier weitere Jahre hätte



Schwab-Trapp somit einen erneuten signifikanten Positionswandel zu konstatieren - und sähe sich bei entsprechender Ausweitung der diskursionsanalytischen Vergleiche wahrscheinlich mit einer Fülle interessanter Widersprüche konfrontiert.

Frieden als Form

Aus einer völlig anderen Perspektive wirft die Marburger Gesellschaftswissenschaftlerin und Philosophin Gertrud Brücher in ihrer Arbeit „Frieden als Form – Zwischen Säkularisierung und Fundamentalismus“ (Leske + Budrich, 2002) einen Blick auf die aktuelle Krise. Sie setzt dabei an der offiziell vorgetragenen Schlüsselkategorie für den derzeitigen Irak-Krieg an: am Kampf gegen den Terrorismus.

Im Verständnis der Autorin stellt sich dabei Terrorismus als strukturelle Gewalt infolge von struktureller Gewalt dar. Das ursächliche Gefüge struktureller Gewalt besteht also in „Strukturen, die Macht und Reichtum in einem Maße ungleich verteilt haben, dass sich die Schwächeren nicht zur Wehr zu setzen vermögen“. Den weltweiten Terrorismus begreift Brücher ebenfalls als eine Form struktureller Gewalt, „die sich der gesamten modernen Infrastruktur zu destruktiven Zwecken bedienen kann“.

Dem im Prozess der Globalisierung in verschärftem Maße entfesselten Kapitalismus steht also „eine Gefährdung von Leib und Leben“ gegenüber, „für die es keinen personalisierbaren Adressaten gibt“.

→

Brücher konstatiert eine Komplementarität von Deregulierung und Terrorismus. In der Folge sieht sie „neue Kriege“ aus dem Gegenüber der westlichen Position von Sicherheit durch Abschreckung und anonymer terroristischer Gewalt.

Handfeste Interessen

Hier übersieht sie allerdings die – auch unmittelbar nach dem 11. September schon klar erkennbare – Tatsache, dass mit dem angeblichen Kampf gegen den Terrorismus in Wirklichkeit völlig andere Interessen verfolgt werden. Im derzeitigen Krieg der USA gegen den Irak entlädt sich keineswegs ein Konflikt, der aus dem von Brücher vermuteten „Gegenüber“ resultiert. Nicht dem Terrorismus gilt die Intervention im Irak, sondern der Durchsetzung handfester energiepolitischer und geostrategischer Interessen – also: altes Aggressionsmuster, und nicht „neuer Krieg“!

Interessant ist allerdings der gegenüber gestellte Begriff „neuer Frieden“, den die Autorin als Konstrukt einer Denkrichtung sieht, die über veraltete Friedensbegriffe hinausgeht. Als veraltet bezeichnet sie dabei eine Sichtweise, nach der Frieden schlicht mit Sicherheit gleichgesetzt ist, oder ein Verständnis, nach dem Frieden die realisierte Utopie einer westlich zivilreligiösen Wertegemeinschaft wäre.

Brücher entwickelt ihren Ansatz im Rahmen kritischer Friedensforschung. Sie untersucht vielfältige Ansätze zur Aktualisierung und Schärfung des Friedensbegriffs. Dabei geht sie weit über den tagespolitischen Blickwinkel hinaus und arbeitet aus immer wieder abgewandelten Fragestellungen ein Friedensverständnis aus den „Gesetzen der Form“, als „durchgängiges Muster der ‚Friedensförmigkeit‘“ heraus.

Ereignis Frieden

Friedenstheorien und -modellen haftet nach Brücher „immer auch ein Hauch von Illusionismus“ an. Sie sieht daher die Realitätsgrundlage des Friedens in immer besonderen Ereignissen, und zwar „solchen, die sich auch als ‚glückliche‘ bezeichnen lassen“. Folgerichtig spricht sie von der „Vergänglichkeit friedensförmiger Optionen“ und begreift Frieden als „operative Kategorie, die Selbststabilisierung (ein Festhalten an friedlichen Formen der Konfliktbewältigung) angesichts einer paradoxen Konstitution zum Gegenstand hat“.

Die Abkehr von ebendieser Selbststabilisierung ist derzeit im Irak zu beobachten. Und Brücher erkennt die entsprechende Verlogenheit einer



Friedensbegrifflichkeit die als Pendant die strukturelle Gewalt des globalisierten Kapitalismus flankiert: „Mit ‚westlicher Wertegemeinschaft‘ gleichgesetzt, mündet das Friedensverständnis in kriegerische Aktionen, und zwar auf seiten derer, die ‚für uns‘ und auf seiten derer, die ‚gegen uns‘ sind.“

Für einen neuen Frieden!

Es gilt also, im Sinne eines „neuen Friedens“ wegzukommen von der Gleichsetzung von Frieden mit westlicher Wertegemeinschaft, die Paradoxien der globalen ökonomischen, politischen und sozialen Konstellationen zu erkennen und ihnen gegenüber das selbststabilisierende Potential friedensförmiger Optionen zu entwickeln und zu behaupten. Das aber heißt nichts anderes als die Herausforderung einer und eines jeden zu tatkräftigem Engagement für eine Überwindung der globalkapitalistischen strukturellen Gewalt ungleicher Verteilung von Macht und Reichtum, postkolonialer Ausbeutung und Unterdrückung.

Oswald Pannes, März 2003 ■

„Kriegsdiskurse – Die politische Kultur des Krieges im Wandel 1991 - 1999“ „Frieden als Form – Zwischen Säku-larisierung und Fundamentalismus“, beide Verlag Leske + Budrich, 2002

Ein Vergessener unter den Deutschen

Ein Buch erinnert an Hermann Gräbe, den zweiten Oskar Schindler

Er ist ein „Gerechter unter den Völkern“, aber auch ein Vergessener unter den Deutschen. Kaum jemand erinnert sich heute noch an Hermann Gräbe – oder wird an ihn erinnert. Dabei trägt er als einer der wenigen Deutschen den Ehrentitel eines „Gerechten unter den Völkern“: Im August 1965 erhielt Gräbe die höchsten Ehren, die der Staat Israel durch die Holocaust-Gedächtnisstätte Yad Vashem verleiht. Ihm zum Dank wurde in der „Allee der Gerechten der Völker“ ein Baum gepflanzt. Damit wurde gewürdigt, dass Hermann Gräbe in Oskar-Schindler-Manier mehrere hundert Juden vor der Ermordung durch die Nazis bewahrt hatte.

Dem mutigen Mann wurde vom Verlag zu Klampen aus Springe bei Hannover ein kleines Denkmal gesetzt. Bei ihm erschien nun die deutsche Ausgabe der Gräbe-Biographie „In Deutschland unerwünscht“ aus der Feder des kalifornischen Pfarrers und Holocaust-Forschers Douglas K. Huneke.

„Dieses Buch“, schreibt Huneke in seinem Vorwort, „ist das Testament eines Menschen, der in der unmenschlichsten aller Epochen für Moral und Hilfsbereitschaft einstand. Und es ist ein Zeugnis dafür, dass die Mörder und gleichgültigen Zuschauer nicht das letzte Wort behalten müssen.“

Hermann Friedrich Gräbe kam am 19. Juni 1900 in Gräfrath zur Welt; das ist eine kleine rheinländische Gemeinde in der Nähe von Solingen. Sein Vater Friedrich arbeitete als Weber und seine Mutter Louise als Hausangestellte. In erster Linie widmete sie sich aber der Erziehung ihrer Kinder und prägte sie dabei nachhaltig. Huneke beschreibt Louise Gräbe als „eine tiefreligiöse Frau mit starken Überzeugungen, was Recht und Unrecht anbelangt“.

Seine Mutter brachte Hermann zugleich bei, im Vertrauen auf die persönlichen Fähigkeiten Schwierigkeiten zu meistern. Diese Einstellung bewährte sich zum Beispiel, als sich Hermann als Jugendlicher daran machte, sein entnervendes Stottern zu bekämpfen. Er kaufte sich ein Selbsthilfebuch und übte fast vier Jahre lang täglich vor einem Spiegel das laute Vorlesen, bis er wieder ohne jede Unsicherheit zu sprechen gelernt hatte.

Hermann Gräbe erlernte den Beruf des Ingenieurs. Den Verlockungen der Anpassung konnte er nicht immer widerstehen: 1931 wurde er Mitglied der NSDAP – auf Drängen eines Geschäftspartners und ohne innere Überzeugung.

Sieben Jahre später hatte sich jedoch sein starker Gerechtigkeitssinn wieder deutlich bemerkbar gemacht. Gräbe wurde aus der Hitler-Partei ausgeschlossen, nachdem er sich auf einer Parteiversammlung für einen jüdischen Geschäftsmann eingesetzt hatte. Aus diesem Grund wurde er dann auch für einige Wochen inhaftiert.

Um weitere Konflikte mit der braun gefärbten Regierung zu vermeiden, beschloss Hermann Gräbe, als Bauingenieur im Ausland tätig zu werden. Die Reichsbahnverwaltung hatte ihm die Aufgabe zugewiesen, ein Ingenieurbüro einzurichten und Baukolonnen zusammenzustellen. Sie sollten Gleisanlagen in Stand halten und Lagerhallen für Ersatzteile errichten.

Als Belastungszeuge in Nürnberg

Im September 1941 traf Hermann Gräbe in Sdolbunow in der Ukraine ein, wo er zum er-

sten Mal mit Informationen aus erster Hand über den Massenmord an Juden konfrontiert wurde. Daraufhin bemühte er sich um vorsichtige Hilfe in Einzelfällen. Im Oktober 1942 wurde Gräbe im ukrainischen Dubno zum Augenzeugen eines SS-Massakers an 3.000 Juden. Seine Schlussfolgerung war klar; er intensivierte seine Bemühungen: „Man kann nicht so viel Blutvergießen erleben und davon unberührt bleiben. Ich musste etwas unternehmen. Ich musste so viele Menschen beschützen, wie ich es konnte."

Gräbe handelte ohne langes Zögern. In Poltawa errichtete er ein Firmenbüro, von dem die Zentrale seines Unternehmens in Solingen nichts wusste. 25 jüdische Frauen und Männer arbeiteten hier – von Gräbe mit falschen Ausweis- und Arbeitspapieren ausgestattet. Mit Gelegenheitsarbeiten und ähnlichen Tätigkeiten kamen sie über die Runden. Zusätzliche Geldmittel steuerte Hermann Gräbe aus seinem persönlichen Vermögen bei. Bevor er in die Ukraine aufgebrochen war, hatte er eine halbe Million Reichsmark auf seinen Konten bei einer Bank in Solingen eingezahlt. Bis Kriegsende hatte er mehr als 300.000 Reichsmark von diesen Konten abgehoben und damit die Rettung von Menschenleben finanziert – nicht nur in Poltawa, sondern auch anderswo. In verschiedenen Orten im besetzten Osteuropa verschaffte er bedrohten Juden falsche Papiere, stellte sie für vermeintlich kriegswichtige Aufgaben ein, warnte sie vor Aktionen und verschickte sie in Firmenfilialen, die eigens zur Verschleierung gegründet worden waren.

Als einziger nichtangeklagter Deutscher legte Hermann Gräbe 1945 vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg Zeugnis von den Massenmorden an Juden in Osteuropa ab. Die Anklagevertretung interpretierte die Berichte über das Leiden der Juden in Dubno und Rowno als wichtigen Beleg dafür, dass tatsächlich ein Plan und Vorsatz existiert hatte, „das gesamte jüdische Volk auszurotten, dem alle Nationalsozialisten verpflichtet waren". Seine Zeugenaussage wurde später in viele Holocaust-Prozesse und wissenschaftliche Untersuchungen einbezogen.

Zur Auswanderung getrieben

Doch in Deutschland machte sich Gräbe keine Freunde mit seiner Aussage in Nürnberg, ganz im Gegenteil. Der Ingenieur wurde mit Morddrohungen überhäuft und gesellschaftlich geächtet, aus Berufsverbänden ausgeschlossen und quasi mit Berufsverbot belegt. Im August 1948 zog Hermann Gräbe die Konsequenz aus dieser erschreckenden Diskriminierungspraxis und wanderte gemeinsam mit Frau und Tochter in die USA aus. Er kommentierte damals:

„Meine Entscheidung, Juden zu retten, zog ich nie in Zweifel, aber ich muss gestehen, dass mich die Auswirkungen der Zeugenaussagen zur Verzweiflung trieben." In den sechziger Jahren sagte er bei mehreren Kriegsverbrecherprozessen in der Bundesrepublik aus – begleitet von üblen Presseartikeln (unter anderem im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel"), in denen er des Meineids bezichtigt wurde.

Bezeichnend war auch, dass Gräbe in seiner Heimatstadt Solingen lange Zeit als eine Art Unperson galt. So ignorierte die Solinger Lokalpresse schlichtweg die Auszeichnung Hermann Gräbes mit dem Titel „Gerechter unter den Völkern". Nach diesen und ähnlichen schmerzlichen Erfahrungen kehrte Gräbe nie mehr in seine deutsche Heimat zurück. Er verstarb 1986, gequält von der Vorstellung, nicht genügend Menschen vor dem Tode bewahrt zu haben. Noch in der Woche vor seinem Ableben, schildert Douglas K. Huneke, habe Hermann Gräbe ihm gegenüber geklagt: „Ich habe versagt, ich habe nicht genug getan, ich habe nicht genug Leute gerettet."

Im Epilog seines Buches formuliert Huneke: „Gräbes Leben legt uns Zeugnis darüber ab, dass es neben Mord und Brutalität in der Ära des Nationalsozialismus noch eine andere Seite gibt. Die wenigen tausend Männer, Frauen und Kinder, die oft unter großen Gefahren Rettungsaktionen durchführten, ohne dabei einen Gedanken an Belohnung zu verschwenden, haben ein gewisses Gegengewicht in der Selbstwahrnehmung und Selbstachtung der Menschen nach Auschwitz geschaffen." *Thomas Klaus* ■

Das 325-seitige Buch „In Deutschland unerwünscht – Hermann Gräbe, Biographie eines Judenretters" kostet 24 Euro und trägt die ISBN-Nummer 3-934920-19-5.

Ohne Zuwanderung nur 55 Millionen Einwohner

BERLIN. Die BRD hätte ohne die Zuwanderung von Gastarbeitern, Spätaussiedlern und anderen Gruppierungen nicht 82 sondern lediglich 55 Millionen Einwohner. Dies erklärte der Vertreter des Institutes für Bevölkerungsforschung am Mittwochvormittag gegenüber dem Innenausschuss des Bundestages. Berechnungsgrundlage für diese Angaben sei die Prognose der demografischen Entwicklung nach Kriegsende bis zum Jahr 2015. Die Vertreterin der Regierung ergänzte, die Geburtenziffer liege nach Erhebungen für das Jahr 2000 bei 9,3 Geburten pro tausend Einwohnerund bewege sich damit ähnlich wie in Italien, Österreich, Griechenland und Spanien eher am unteren Ende der Skala. Spitzenreiter bei den Geburten sind Irland und Frankreich mit 13 Geburten pro tausend Einwohner. Als interessant bezeichnete die Regierungsvertreterin dabei auch die Sterbeziffer pro tausend Einwohner, die in Irland mit 8,2 um zwei Punkte unter dem deutschen Wert von 10,2 liege. Insgesamt werde deutlich, so die Regierung, dass sich ohne den Zuzug von Gastarbeitern, Spätaussiedlern und anderen Gruppierungen eine noch wesentlich deutlichere Verschiebung in Richtung Überalterung ergeben hätte. Eine Berechnung des Anteils ehemals ausländischer Bürger am Geburtenanteil in Deutschland sei nicht auszuweisen. Dies hänge unter anderem damit zusammen, dass es in Deutschland auf Grund der Ereignisse während des Nationalsozialismus eine erhebliche Sensibilität bei der Erfassung solcher Daten gebe. Nachgereicht werden sollen Antworten zu relevanten Gründen einer beobachteten Abwanderung aus Deutschland, die von SPD und Bündnisgrünen nachgefragt wurde. ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de

Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.
Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

NPD-Verbot: Freude über das Scheitern

Junge Freiheit Nr. 13/03 vom 21.3.2003

Chefredakteur *Dieter Stein* kommentiert das Scheitern des Verbotsantrages: „Zurück bleiben auf die Knochen blamierte Innenminister, die ihren Hut nehmen müssten. Ein NPD-Verbot war auch inhaltlich unbegründet und demokratiepolitisch fragwürdig. Die NPD steht nun aber keineswegs strahlend da: Immer noch in den Traditionslinien des Dritten Reiches verfangen, eiert sie in einem ideologischen Spagat herum, bemüht sich, als Auffangbecken für Nationalpopulisten und Anhänger einer Neonazi-Subkultur anzubieten. Das eigentliche Urteil sprechen eben die Wähler: Mit regelmäßigen Null-Komma-Ergebnissen.“ Diese Einschätzung hält das Blatt nicht davon ab, der NPD eine ganze Seite zu widmen. Das Blatt behauptet: „Fraglich bleibt, was neben dem juristischen Scherbenhaufen übrig bleibt. Der ‚Kampf gegen Rechts' hat sein Prestigeobjekt NPD-Verbot verloren, als ein wesentlicher Rückschlag kann dies jedoch nicht gewertet werden.“ Und in einem Interview lässt das Blatt den Bundesgeschäftsführer und thüringischen Landesvorsitzenden der NPD, *Frank Schwerdt*, zu Wort kommen, der ankündigt, dass die Partei nun ihre berüchtigten Aufmärsche wieder aufleben lässt: „Ich betone: Wir haben die Aufmärsche damals nur ausgesetzt und nicht eingestellt. Wir wollen wieder sinnvolle öffentlichkeitswirksame Aktionen machen, die sich mit politisch aktuellen Fragen beschäftigen.“ *uld* ■

Los von Amerika!

Nation & Europa 3-2003

Auch wenn als Heftthema der Märzausgabe von „Nation & Europa“, dessen Titelblatt der US-Präsident am Rednerpult vor einem Jesusbild ziert, die Frage „Im Auftrag Gottes?“ gestellt wird, lautet der eigentliche Kernsatz „Weg von Amerika“. Diese Haltung zieht sich wie ein brauner Faden durch (fast) alle Beiträge.

Der Reigen wird eröffnet von N&E-Herausgeber *Harald Neubauer*, der im Editorial die Frage stellt: „Wozu noch die NATO?“. Dieses Militärbündnis hat für ihn vor allem einen Zweck: „Die NATO ist kein Bündnis von Gleichberechtigten. Sie wurde von Amerika gegründet, um die Russen (aus Westeuropa) draußen und die Deutschen niederzuhalten. An der Richtigkeit dieses Bonmots hat sich auch nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems nichts geändert“. Sie ist zum Hindernis für Europa geworden: „Vor allem die NATO, seit 1999 um Polen, Ungarn und die Tschechei erweitert, bewährt sich als janusköpfiges Hindernis einer europäischen Neuordnung, als Keil zwischen Deutschland und Rußland. Damit wird - so meine Rede vor fünf Jahren in der Duma - der dringend erforderliche gesamteuropäische Brückenschlag verhindert, der Brückenschlag zwischen Paris, Berlin, Moskau“.

Für Neubauer, der amerikanische Hegemonialinteressen nur deshalb anprangert, um europäische (und das bedeutet bei ihm: deutsche) umso besser durchsetzen zu können, bedeutet das konkret: „Will Europa dem amerikanischen Herrschaftsanspruch ernsthaft widerstehen, muß es sich bündnispolitisch neu organisieren. Ohne NATO. Sondern unter dem Axiom, daß raumfremde Mächte in Europa nichts zu suchen haben. Es war ein kapitaler Fehler, Rußland unter die Kontrolle der amerikanischen Ostküste geraten zu lassen“. Lieber hätte der Autor es unter deutscher Kontrolle und ökonomischer Herrschaft gehabt. Mit der Vokabel von der „amikanischen Ostküste“, früher sprachen die Herrschaften stattdessen von der „jüdischen Weltverschwörung“, kommt der obligatorische Antisemitismus ins Spiel und ganz zum Schluss muss natürlich auch noch Nazideutschland rehabilitiert werden: „Vor allem läßt sich die Trennung von Amerika nicht ohne Abschied von liebgewordenen Geschichtslügen bewerkstelligen. Sonst bliebe es ein Rätsel, weshalb man den Menschen im Irak nicht ebenfalls jene Bomben und Granaten gönnt, mit denen einst Deutschland - oh Jubel! - ‚befreit' wurde“.

Dr. *Alfred Mechtersheimer* macht „Anmerkungen zum deutsch-amerikanischen Verhältnis“ und fordert vollmundig: „Die Kolonie muß sich emanzipieren“. Lob erhält von ihm der Kanzler: „Ungeachtet der möglichen Motive ist die ablehnende bis zögerliche Haltung von Bundeskanzler Gerhard Schröder zur Kriegspolitik des US-Präsidenten von grundsätzlicher Bedeutung für das künftige deutsch-amerikanische Verhältnis. Ohne eine Emanzipation, ... erhält die Bundesregierung nicht den zur Bewältigung ihrer Krisen erforderlichen Handlungsspielraum, den sie sich vor allem im europäischen Zusammenhang ertrotzen muß“. Mit unverhohlenem Zynismus beschreibt er diesen „Handlungsspielraums“: „Anti-Amerikanismus und Antisemitismus sind zwei Seiten derselben Medaille. Zu eng sind die Beziehungen zwischen den USA und Israel um dies trennen zu können. Der allseits beklagte ‚wachsende Antisemitismus' in Deutschland ist im Grunde ein Schritt zur Normalität“. Die Reichspogromnacht und Auschwitz als Gipfelpunkte der Normalität!

Für *Karl Richter* kommt alles Schlechte dieser Welt aus Amerika: „Maßlosigkeit begleitete Amerikas Aufstieg. Maßlosigkeit macht es heute so gefährlich. Die Vereinigten Staaten wurden groß durch ihre Absage an alles, was sich die Alte Welt in 2000 Jahren Geschichte erkämpfen mußte...: die Regelung des Friedens, des Zusammenlebens, des Wettbewerbs, selbst des Krieges durch eine Rechtsordnung, die bis 1914 dem Chaos Grenzen setzte. Zumindest in Europa, denn die Neue Welt probte längst für den Tag, da sie die Alte beerben und freie Bahn haben würde“. Zur Verschwörungstheorie kommt natürlich auch wieder die versuchte Rehabilitation des Naziregimes: „Wer im Bomben-Holocaust an Deutschland allen Ernstes einen Akt der ‚Befreiung' sehen will, ... der wird natürlich auch die nächsten amerikanischen Bombenteppiche gutheißen“.

Zum Schluss schildert *Jean-Marie Le Pen* im Interview wie die faschistische Rechte gerne wahrgenommen werden möchte: „Nun müssen wir in Zukunft versuchen, uns unseren Landsleuten auch durch das einzuprägen, wofür wir stehen, als Nationale, die ihr Land lieben, die traurig sind über seinen Niedergang in allen Bereichen, die erfüllt sind von dem Wunsch, die Ordnung wiederherzustellen, die Unabhängigkeit, die Souveränität und die Freiheit des Volkes zurückzugewinnen und den natürlichen Hierarchien wieder zu ihrem Recht zu verhelfen“. *tri* ■